

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

70. Sitzung

Berlin, Freitag, den 24. Oktober 2003

Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss) zu dem Antrag der Bundesregierung

Fortsetzung und Erweiterung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem Einsatz einer Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan auf Grundlage der Resolutionen 1386 (2001) vom 20. Dezember 2001, 1413 (2002) vom 23. Mai 2002, 1444 (2002) vom 27. November 2002 und 1510 (2003) vom 13. Oktober 2003 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen

– Drucksachen 15/1700, 15/1806 –

Berichterstattung:
Abgeordnete Gert Weisskirchen (Wiesloch)
Dr. Friedbert Pflüger
Dr. Ludger Volmer
Dr. Werner Hoyer

Bericht des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss) gemäß § 96 der Geschäftsordnung

– Drucksache 15/1822 –

Berichterstattung:
Abgeordnete Antje Hermenau
Lothar Mark
Herbert Frankenhauser
Dietrich Austermann
Jürgen Koppelin

Über die Beschlussempfehlung zu dem Antrag der Bundesregierung werden wir später namentlich abstimmen.

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache eineinhalb Stunden vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache und erteile dem Bundesminister Peter Struck das Wort.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Peter Struck, Bundesminister der Verteidigung:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die internationale Staatengemeinschaft steht an einem Wendepunkt in ihrer Afghanistanpolitik. Sie geht neue Wege, um Stabilität und Sicherheit im ganzen Land voranzubringen. Wir, die Bundesrepublik Deutschland, übernehmen heute zusätzliche Verantwortung auf der Grundlage der neuen Resolution des Sicherheitsrates vom 13. Oktober.

Deutschland hat eine besondere Verantwortung für dieses Land – historisch bedingt, aber auch bedingt durch die **Petersberg-Konferenz**, die wir in unserem Land durchgeführt haben. Wir beteiligen uns an dem ISAF-

Mandat – wir haben die Leitfunktion für das Mandat übernommen –, wir sind federführend bei dem Aufbau der Polizei und wir leisten andere Unterstützungen für dieses arme, geschundene Land.

Der Erfolg des ISAF-Prozesses in Afghanistan lässt sich sehen. Ich bin jedem Kollegen und jeder Kollegin aus diesem Hause dankbar, die unsere Soldatinnen und Soldaten in Afghanistan besuchen, weil sie dort selbst erleben können, welche wichtige Aufgabe die Bundeswehr in diesem Land wahrnimmt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Die Angehörigen der Bundeswehr in Afghanistan sind keine Besatzungssoldaten, sondern sind Helfer in Uniform.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN sowie des Abg. Kurt J. Rossmanith [CDU/CSU] und des Abg. Dr. Werner Hoyer [FDP])

Das wird einem täglich deutlich, wenn man, wie ich, öfter in diesem Land ist und in die Augen der Menschen in Afghanistan blickt.

Das Land ist allerdings noch nicht befriedet. Zeichen der Stagnation sind unübersehbar und es besteht die Gefahr von Rückschlägen. Es geht uns mit unserer Initiative, die die Vereinten Nationen dankenswerterweise aufgegriffen haben, darum, die Durchsetzungsfähigkeit der **Zentralregierung** zu erhöhen. Außerdem wollen wir den Verfassungsprozess und die Wahlen im nächsten Jahr aktiv begleiten und unterstützen.

Zurzeit sind etwa 1 800 Soldaten im Rahmen des vom Bundestag beschlossenen Mandates in Kabul stationiert. Das Vertrauen gegenüber deutschen Soldaten ist dort sehr viel höher als gegenüber denen einiger anderer Nationen. Deshalb wollen wir diese besondere Verantwortung auch übernehmen.

Die Bundesregierung hat sich entschieden, dies alles unter dem Mandat der internationalen Schutz- und Aufbautruppe ISAF als eine so genannte ISAF-Insel in der Provinz Kunduz zu beginnen. Damit gehen wir einen neuen Weg. Bei dem vom Bundestag beschlossenen Mandat für ein Jahr wird man sicherlich auch erleben können – das will ich gerne zugestehen –, dass wir noch einiges ändern müssen. Wir gehen bei unserem Einsatz in diesem Land auch nach der Methode „learning by doing“ vor.

Unser Konzept für die so genannten Wiederaufbauteams unterscheidet sich von dem, was die Amerikaner bisher hatten. Der Bevölkerung soll eine Friedensperspektive aufgezeigt werden, um damit radikalen Elementen in diesem Land den Boden zu entziehen. Deshalb steht bei unserem Konzept der **zivile Wiederaufbau** im Vordergrund.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Es ist, auch in den Ausschüssen, oft die Frage gestellt worden, warum wir ausgerechnet Kunduz gewählt haben. Wie Sie wissen, haben wir von Erkundungsteams die Lage auch in anderen Regionen dieses Landes untersuchen lassen. Für Kunduz sprechen die Sicherheitslage und die Kooperationsbereitschaft der lokalen Autoritäten. Darüber hinaus gibt es in der Provinz Kunduz wie in den drei benachbarten Provinzen – der Bundestag erteilt das Mandat für die ganze Region Kunduz – gute Chancen für den Wiederaufbau.

Ich kann nicht verstehen, dass uns vorgeworfen wird, wir hätten uns bewusst für eine relativ sichere Region entschieden. In Afghanistan ist alles relativ. Dass man von Stabilität und Sicherheit in unserem Sinne im ganzen Land nicht sprechen kann, weiß jeder, der die Nachrichten sieht. Ich als Bundesminister der Verteidigung habe die Verantwortung für das Leben der Soldatinnen und Soldaten. Deswegen bin ich froh, dass wir nicht in eine Region gehen, in der man jeden Tag mit Anschlägen auf die Bundeswehrangehörigen rechnen muss. Wir wissen, dass es nicht ungefährlich ist. Ich denke, jedes Mitglied dieses Hauses, das diesem Mandat zustimmen wird, ist sich der Verantwortung bewusst.

Ich habe auch Verständnis für die Kolleginnen und Kollegen – das will ich hier ausdrücklich sagen –, die sich aus bestimmten Gründen nicht entschließen können, diesem Einsatz zuzustimmen. Ich finde, das muss jeder mit sich selbst abmachen. Trotzdem glaube ich, dass wir mit diesem Konzept dem Land helfen und verhindern können, dass dieses Land Ausgangsbasis für **terroristische Aktivitäten** in der Welt wird.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

In Afghanistan ist der Einsatz insgesamt acht solcher Wiederaufbauteams geplant. Einige sind sogar schon vorhanden. Die USA haben in Kunduz, Gardez, Jalalabad je ein Team; wir übernehmen von ihnen den Einsatzort Kunduz. Von den USA sind weitere Teams in Herat, Kandahar und Charikar geplant. Neuseeland übernimmt ein Team in Bamian. Großbritannien hat ein solches Team in Mazar-i-Scharif schon installiert.

Aufgaben unserer Soldatinnen und Soldaten in Kunduz sind, durch Patrouillenfahrten und -gänge einen Beitrag zur Herstellung eines sicheren Umfeldes für die zivilen Wiederaufbauhelfer zu leisten, die afghanischen Sicherheitskräfte bei der Erfüllung ihrer Aufgabe zu unterstützen und die zivilen Wiederaufbauhelfer zu schüt-

zen. Wir werden, wenn es sich im Laufe des nächsten Jahres ergibt, auch so genannte zivil-militärische Aktivitäten in den Provinzen installieren.

Aufgabe der Angehörigen der Bundeswehr ist ausdrücklich nicht die **Drogenbekämpfung**; das will ich vor dem Plenum betonen. Dafür sind die Soldatinnen und Soldaten nicht da. Die Drogenbekämpfung ist Aufgabe der afghanischen Kräfte, der afghanischen Polizei und der afghanischen Armee, und Aufgabe der Führungsnation Großbritannien, die sich dazu verpflichtet hat, Hilfe zu leisten.

Wir werden in ganz Afghanistan, also außerhalb von Kunduz, nur in einem Ausnahmefall Soldatinnen und Soldaten einsetzen. Das betone ich hier, weil das in den Diskussionen in den Fraktionen eine Rolle gespielt hat. Die Debatten, die von den Fraktionen dazu angeregt worden sind, waren für die Erkenntnisbildung der Bundesregierung durchaus hilfreich.

Es wird voraussichtlich Mitte des nächsten Jahres **Wahlen in Afghanistan** geben. Wir wollen im Rahmen des Mandats mit militärischem Personal diese Wahlen absichern und Unterstützung leisten.

Ich sage hier, dass jeder Soldat und jede Soldatin, die in diesem Land außerhalb von Kabul oder Kunduz tätig werden sollen, das nur dürfen, wenn ich die Genehmigung dazu erteile. Dies wird also unter dem **Genehmigungsvorbehalt des Ministers** stehen. Ich werde die Fraktionen des Deutschen Bundestages vor der Erteilung einer solchen Genehmigung über die gegebene Situation informieren. Ich versichere auch, dass ich eine solche Genehmigung nicht erteilen werde, wenn es aus dem Kreise der Fraktionen erhebliche Bedenken geben sollte.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN sowie des Abg. Dr. Friedbert Pflüger [CDU/CSU])

Wir streben auch die Beteiligung anderer Nationen an unserem Wiederaufbauteam in Kunduz an. Ich habe mit den Kolleginnen und Kollegen aus unseren europäischen Nachbarstaaten viele Gespräche geführt. Wenn der Bundestag heute entsprechend beschließt, werden sofort konkrete Gespräche mit den Nationen aufgenommen. Interesse an einer Beteiligung an unserem Team haben die Niederlande, Belgien, Norwegen, Schweden, Finnland, Italien und Tschechien angemeldet. Vielleicht kommt auch noch das eine oder andere Land hinzu.

Es geht nicht darum, dass dadurch das Kontingent der Bundeswehr von zunächst geplanten 230 Soldaten deutlich verringert werden könnte, sondern es geht darum, dass wir den Afghanen in Kunduz über Verbindungselemente und über die Beteiligung auch nur einiger weniger Soldaten aus anderen Ländern deutlich machen, dass nicht nur Deutschland, sondern auch viele andere Staaten diesem Land aus seiner Misere und aus seinen Schwierigkeiten heraus helfen wollen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

In unserem letzten bilateralen Gespräch haben wir mit den Vereinigten Staaten vereinbart, dass es in Kunduz ein US-Verbindungselement geben wird und dass im Notfall – wie auch in Kabul – Hilfe bei der Evakuierung deutscher Staatsbürger, auch deutscher Soldaten, geleistet wird. Russland und Frankreich haben sich bereit erklärt, durch ein Transitabkommen bzw. durch die Bereitstellung von Transportkapazitäten nach Kabul und Kunduz Unterstützung zu leisten. Im Rahmen des ISAF-Mandats sind in Kabul gegenwärtig insgesamt 32 Nationen – 18 davon sind NATO-Staaten – tätig. Die Führungsverantwortung bleibt bei der NATO; Kunduz wird integriert. Die Planungen in der NATO sind weit fortgeschritten und werden in Kürze abgeschlossen sein.

Meine Damen und Herren, ich betone auch, dass es eine klare Abgrenzung zwischen den Operationen ISAF und **Enduring Freedom** gibt. Das Aufbauteam in Kunduz steht unter dem Mandat von ISAF – also Internationale Schutz- und Aufbautruppe – und damit unter der militärischen Verantwortung der NATO. Wenn der Bundestag heute Mittag entsprechend beschließt, werden wir unverzüglich ein Vorkommando von 27 Soldaten auf den Weg schicken, das die technischen Fähigkeiten abzuklären hat. Sie werden also heute Mittag fliegen und abklären, wo unsere Soldaten untergebracht werden können und wie der Aufwuchs vonstatten gehen kann.

Die Erweiterung dieses Bundeswehreinsetzes wird nicht ohne finanzielle Konsequenzen bleiben. Aufgrund entsprechender Fragen – diese wurden auch gestern im Haushaltsausschuss gestellt – will ich deutlich betonen, dass wir alles tun werden, was für die Sicherheit unserer Soldatinnen und Soldaten erforderlich ist. Trotz der bekannten finanziellen Zwänge ist dieses Mandat auch finanziell abgesichert. Ich erkläre, dass alle Soldatinnen und Soldaten, die in Kunduz tätig sein werden, genauso wie diejenigen, die in Kabul, auf dem Balkan oder am Horn von Afrika tätig sind, mit dem Material und den Systemen ausgestattet werden, die sie benötigen, um ihren Auftrag zu erfüllen, und durch die ihre persönliche Sicherheit bestmöglich garantiert werden kann.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

In den nächsten Monaten werden wir sehen, ob das von Deutschland begonnene Experiment, den zivilen Wiederaufbau in den Vordergrund der Aktivitäten in Afghanistan zu stellen, gelingt oder nicht. Es wird umso besser gelingen können, wenn der Deutsche Bundestag den Soldatinnen und Soldaten ein möglichst breites Unterstützungsvotum mit auf den Weg gibt. Darum bitte ich Sie sehr herzlich.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Präsident Wolfgang Thierse:

Ich erteile das Wort Kollegen Wolfgang Schäuble, CDU/CSU-Fraktion.

Dr. Wolfgang Schäuble (CDU/CSU):

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion stimmt dem Antrag der Bundesregierung zu.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Die Entscheidung fällt allen Kolleginnen und Kollegen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion nicht leicht. Ich füge hinzu: Die Bundesregierung hat uns die Entscheidung auch nicht leicht gemacht.

Die Entscheidung fällt uns nicht leicht, weil es ein gefährlicher Einsatz für die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr ist; der Verteidigungsminister hat dies bereits gesagt. Auch wenn die Lage in Kunduz relativ stabil ist, bleibt es ein risikoreicher und übrigens auch entbehrungsreicher Einsatz.

Die Entscheidung ist uns aber auch deshalb nicht leicht gefallen, weil die Bundesregierung – das muss ich zu dieser Stunde sagen – in der Begründung ihrer Anträge nicht sorgfältig gearbeitet hat, was künftige Zustimmungen zu solchen Einsätzen angeht.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vor der Sommerpause gab es eine Unterrichtung der Fraktionsvorsitzenden, bei der auch die Zustimmung für eine **Erkundungsmission** nach Herat erbeten wurde. Ein wirkliches Ergebnis der Erkundungsmission nach Herat haben wir nie bekommen. Stattdessen haben wir gehört, dass ein Einsatz in Kunduz geplant ist.

Ich respektiere all das, was der Verteidigungsminister eben gesagt hat. Dennoch möchte ich darauf hinweisen, dass nicht alle Menschen in unserem Lande verstanden haben, warum nach Herat eine zivile Mission ohne militärischen Schutz durch die Bundeswehr entsandt wird, während in das stabilere Kunduz eine zivile Mission mit militärischen Schutz durch die Bundeswehr entsandt wird. Wir bräuchten eine sorgfältiger erarbeitete Erklärung dafür, um insbesondere die Nichtregierungsorganisationen im Bereich der Entwicklungshilfe besser davon überzeugen zu können, als dies bisher offensichtlich – auch nach jüngsten Meldungen – gelungen ist.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wir haben auch nie eine wirklich überzeugende Erklärung dafür bekommen, was sich in dem Petersberg-Prozess eigentlich verändert hat. Insbesondere Sie, Herr Bundesaußenminister, haben noch im Dezember des vergangenen Jahres amtlich erklärt, dass eine Ausweitung des Bundeswehrengagements in Afghanistan über Kabul hinaus im Rahmen des ISAF-Prozesses nicht infrage komme. Das hat sich geändert. Daher muss darüber geredet werden, welche Erwartungen, die mit den **Afghanistan-Konferenzen auf dem Petersberg** verbunden waren, sich nicht erfüllt haben und was wir nun machen müssen, damit der Westen und die freie Welt in Afghanistan nicht scheitern. Deswegen stimmen wir, obwohl Sie es uns nicht leicht gemacht haben, Ihrem Antrag zu.

Ich will eine Bemerkung hinzufügen: Es ist in Ordnung, dass der Verteidigungsminister jetzt eine Eingrenzung der Ausweitung des Mandats über die Region Kunduz hinaus vorgenommen hat. Die Opposition hat aber erst durch den Antrag erfahren, dass eine solche Ausweitung vorgesehen war. Es gab keine Unterrichtung seitens der Bundesregierung; noch nicht einmal der Ausschuss ist darüber informiert worden.

(Karin Kortmann [SPD]: Falsche Darstellung!)

– Das war so, gnädige Frau Kollegin. Wenn wir das nicht geklärt hätten, wäre es nicht geklärt worden. Dass dies aber geklärt werden musste, hat der Verteidigungsminister soeben gesagt. Arbeiten Sie bitte in der Zukunft sorgfältiger, meine Damen und Herren von der Bundesregierung!

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Herr Kollege Erler, wir schicken Soldaten der Bundeswehr in einen gefährlichen Einsatz.

(Gernot Erler [SPD]: Allerdings!)

Wir machen es uns als Opposition nicht leicht; aber stimmen diesem Antrag zu. Es ist aber wirklich nicht zu viel verlangt, wenn wir von der Bundesregierung die notwendige Sorgfalt bei der Vorbereitung solcher Entscheidungen einfordern. Das sollten Sie respektieren und unterstützen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wir stimmen dem Antrag zu, weil es falsch wäre, sich aus Afghanistan zurückzuziehen, und weil es richtig ist, dass das ISAF-Mandat, begrenzt auf Kabul, im Prozess der Stabilisierung Afghanistans über Kabul hinaus seine Begründung verliert. Wir stehen vor der Alternative, uns entweder aus Afghanistan zurückzuziehen oder über Kabul hinaus für Stabilität zu sorgen. Daher ist die Erweiterung und Fortsetzung der Beteiligung richtig. Wir werden dem Antrag zustimmen.

Ein Rückzug aus Afghanistan wäre eine dramatische Niederlage im Kampf gegen den internationalen Terrorismus. Herr Verteidigungsminister, diese Abstimmung ist keine einfache Frage, bei der Sie so einfach hinnehmen können, dass Mitglieder dieses Hauses eine andere Meinung haben. Wir alle stehen in der Verantwortung für diese Entscheidung, bei der es um die Sicherheit der Menschen auch in Deutschland geht. Wenn der internationale Terrorismus obsiegen würde, wäre die Sicherheit nicht nur in Amerika und Afghanistan, sondern auch in Europa bzw. in Deutschland gefährdet. Deswegen stimmen wir dem Antrag zu. Diese Zusammenhänge muss sich jeder klar machen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Wir werden – das ist seit den Petersberg-Konferenzen deutlich geworden; das gilt für das Bemühen um eine **globale Weltordnung** insgesamt – respektieren und akzeptieren müssen, dass sich ein Land wie Afghanistan nicht nach unseren Vorstellungen von staatlicher Organisation in Europa entwickeln wird. Entwicklungsstand, kulturelle Erfahrungen und Herkunft sind völlig unterschiedlich. Wer glaubt, man könne mit noch so viel Bemühen Afghanistan zu einem Land machen, das unseren Vorstellungen von einem Land in Europa entspricht, der wird scheitern; denn das wird in Afghanistan nicht gelingen.

Wenn ich sage, dass wir das respektieren müssen, dann müssen wir aber auch Folgendes zur Kenntnis nehmen: Wir können und dürfen bei allen Unterschieden in Kultur, Tradition, Herkunft, Erfahrung und Entwicklungsstand nicht akzeptieren, dass ein Land wie Afghanistan zur Basis für die Ausbildung von Terroristen wird, die die Sicherheit der Menschen überall in der Welt bedrohen. Auch können wir als Weltgemeinschaft nicht akzeptieren, dass Länder zur Versorgung der Menschheit mit lebensgefährdenden Drogen beitragen. Es ist richtig – diese Klarstellung haben Sie vorgenommen; darin stimmen wir überein –, dass die Soldaten der Bundeswehr den Drogenanbau nicht mit den militärischen Mitteln der Bundeswehr bekämpfen können. Das wäre unverantwortlich. Die Mittel dafür wären völlig unzureichend. Das ist nicht möglich. Richtig ist aber auch – das ist das Problem mit Herat und Kunduz und den Veränderungen nach dem Petersberg-Prozess; darüber muss ebenso gesprochen werden –, dass wir bei aller Kooperation mit den **lokalen Machthabern**, mit denen wir zusammenarbeiten müssen, um die Soldaten nicht in unvermeidbare Risiken zu schicken, verlangen müssen, dass sie zum einen nicht mit Terroristen zusammenarbeiten und zum anderen nicht den Drogenanbau fördern und davon profitieren. Sie müssen ihn vielmehr bekämpfen. Es macht keinen Sinn, Polizeikräfte auszubilden, wenn die Machthaber trotzdem vom Drogenanbau profitieren.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Die Bundesregierung muss ein Konzept entwickeln und vorlegen. Das kann sie nicht allein machen. Sie muss in internationaler Zusammenarbeit dafür sorgen, dass durch Druck auf die lokalen Machthaber und die Anrainerstaaten sichergestellt wird, dass Afghanistan nicht in noch stärkerem Maße zum Drogenlieferanten der Menschheit wird. Als ich als Bundesinnenminister – das ist schon einige Jahre her – an einer Sondervollversammlung der Vereinten Nationen in New York teilgenommen habe, war das Hauptthema Nummer eins die Weltrogenbekämpfung. Wir dürfen dies heute auch in Afghanistan nicht als nachrangiges Problem betrachten. Deswegen erwarten wir von der Bundesregierung bessere und mehr konzeptionelle Überlegungen, wie es mit dem Drogenanbau in Afghanistan weitergeht. Es darf nicht sein, dass wir für mehr Stabilität sorgen, damit der Drogenanbau in Afghanistan erleichtert wird. Das wäre eine falsche Entwicklung. Dieses Problem darf man nicht vernachlässigen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Dafür brauchen wir in internationaler Zusammenarbeit ein Konzept. Wir stimmen dem Antrag zu, weil das Parlament letzten Endes keine internationale Zusammenarbeit leisten kann. Dafür haben wir eine Regierung, die dies gut oder schlecht machen kann. Mit unserer Zustimmung zu ihrem Antrag werden wir die Regierung nicht von der Verpflichtung entbinden, dass nur sie für eine zielführende Konzeption verantwortlich ist, mit der wir

den Soldaten der Bundeswehr genau erklären können; was sie im Hinblick auf die Entwicklung in Afghanistan leisten.

In welchem Zeitraum erwarten wir eine Entwicklung in Afghanistan, die ermöglicht, dass man den Soldaten der Bundeswehr sagen kann: Ihr habt euren Auftrag erfolgreich erfüllt? – Wir brauchen Ziel und Perspektive. Von dieser Verantwortung kann die Bundesregierung auch nicht durch die Zustimmung des Bundestages entbunden werden. Das muss klargestellt sein.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ihren Äußerungen zur **Finanzierung des Einsatzes**, Herr Bundesverteidigungsminister, stimmen wir zu, weil wir davon überzeugt sind, dass die Soldaten der Bundeswehr, die wir in diesen und in andere Einsätze mit unserer Zustimmung entsenden, in der Tat so ausgestattet sind, dass sie ihren Einsatz erfüllen können und dass sie, soweit es überhaupt möglich ist, vor persönlichen Risiken geschützt sind. Wären wir davon nicht überzeugt, würden wir dem Antrag der Bundesregierung nicht zustimmen.

Aber das Problem der Finanzierung der Bundeswehr ist damit natürlich nicht erledigt. Es reicht eben nicht aus, die Soldaten, die wir in Auslandseinsätze entsenden, so auszustatten, dass sie diese Einsätze erfüllen können, den Rest der Bundeswehr in Deutschland aber mehr oder weniger vor die Hunde gehen zu lassen. Das ist nämlich das Problem. Wenn Sie sagen, dass Sie im Zuge der parlamentarischen Beratungen für eine Finanzierung der Bundeswehr sorgen – gleichwohl sagt der Antrag der Bundesregierung zur Finanzierung überhaupt nichts aus; deswegen können unsere Kollegen im Haushaltsausschuss dem ja auch nicht zustimmen –, gleichzeitig aber beim nächsten Tagesordnungspunkt, im Zusammenhang mit der Rentendebatte, eine globale Minderausgabe beschließen, von der auch der Verteidigungshaushalt betroffen ist,

(Kurt J. Rossmanith [CDU/CSU]: Wesentlich!)

dann ist das ein bisschen zu wenig.

Ich will den Zusammenhang darstellen. Letzten Endes leisten die Soldaten der Bundeswehr den Dienst für die Sicherheit unseres Landes und für die Sicherheit unserer Menschen, also von uns allen. Sie leisten einen gefährlichen Dienst; wir schulden ihnen dafür Dank und Fürsorge. Sie leisten diesen Dienst in Afghanistan und auf dem Balkan – aber sie leisten ihn auch in Deutschland. Auch dafür muss die Bundeswehr ausgestattet bleiben. Wenn Sie beides nicht miteinander verbinden, dann erfüllen wir zwar unsere Fürsorgepflicht für die Soldaten in Afghanistan, aber nicht mehr für die **Soldaten in Deutschland**. Auch das geht nicht zusammen und muss in Ordnung gebracht werden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vielleicht ist diese Debatte und diese Entscheidung eine Chance für die Regierung und das Haus als Ganzes, aus Erfahrungen zu lernen, die wir in dieser Debatte gemacht haben. Der Bundesverteidigungsminister hat eben gesagt, die Bundesregierung habe durch diese Debatten mehr Klarheit bekommen, als sie zuvor gehabt habe. Wenn das dazu führt, dass wir gemeinsam den Dienst unserer Soldaten für die Sicherheit unseres Landes und unsere Verpflichtung gegenüber den Soldaten ernster nehmen, und zwar nicht nur in Reden, sondern auch im konkreten Handeln, dann wäre es eine Chance nicht nur für die Bundeswehr, sondern auch für die Sicherheit unseres Landes.

Das letzte Wort, das ich sagen möchte, ist: Wir sollten uns bei jeder dieser Entscheidungen nicht nur unserer Verantwortung für die Soldaten bewusst sein, sondern auch der Dankesschuld; denn die Soldaten leisten einen gefährlichen Dienst dafür, dass wir in Frieden und Sicherheit leben können. Wir wünschen, dass sie ihn mit möglichst wenig Opfern und unversehrt leisten können.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Präsident Wolfgang Thierse:

Ich erteile das Wort Kollegen Winfried Nachtwei, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Winfried Nachtwei (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Bundestag entscheidet heute über die Verlängerung und die begrenzte Erweiterung des Bundeswehrbeitrages zur Sicherheitsunterstützungsgruppe ISAF in Afghanistan.

Die **Verlängerung**, die übrigens mit einer Reduzierung der Obergrenze einhergeht, ist unstrittig. Unübersehbar und von der afghanischen Bevölkerung hoch angesehen ist, was die ISAF-Soldaten für die Menschen in

Kabul und für den Stabilitätsprozess unter hohen Strapazen und unter hohem Risiko leisten. Dafür verdienen diese Soldatinnen und Soldaten den ehrlichen und überzeugten Dank und die Anerkennung des gesamten Bundestages.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Eingeschlossen in diesen Dank und diese Anerkennung sind die deutschen Polizeibeamten, Zivilexperten, Helfer und die Vertreter von Nichtregierungsorganisationen, ohne deren wichtige Arbeit der Einsatz der ISAF-Soldaten perspektivlos wäre.

Zur **Ausweitung** des Bundeswehrengagements auf die **Region Kunduz** und zu einer begrenzten Wahlabsicherung haben sich zu Recht mehr Fragen ergeben. Die Forderung, den internationalen Stabilitätsbeitrag bzw. den ISAF-Einsatz auf das Land auszuweiten, gibt es schon länger. Sie wurde vom UN-Generalsekretär, vom UN-Sonderbeauftragten für Afghanistan, Brahimi, und – am 17. Juni dieses Jahres – von 85 internationalen Nichtregierungsorganisationen erhoben. Diese Forderung ist also sehr verbreitet. Dem gegenüber stand das Sträuben der internationalen Gemeinschaft, diesen Forderungen entgegenzukommen.

In den letzten Monaten ist allerdings unübersehbar geworden, dass die internationale Afghanistanpolitik an einem Scheideweg steht. Angesichts der verschlechterten Sicherheitslage und der Tatsache, dass Mitte nächsten Jahres Wahlen stattfinden, ergibt sich eine schlichte, aber eindeutige Alternative: Entweder wird der Petersberg-Prozess fortgesetzt, indem er verstärkt und ausgeweitet wird, oder Afghanistan wird mittelfristig in seine kriegerische Vergangenheit zurückrutschen. Das ist die Alternative, um die es heute geht.

Der neue und erweiterte deutsche Beitrag ist weder ein nur militärischer noch ein deutscher Alleingang. Die Bundesregierung hat ausdrücklich ein ganzes Paket beschlossen. Dazu gehören erstens die zivile Präsenz in Herat, zweitens die verstärkte Unterstützung des Polizeiaufbaus in Afghanistan und drittens die Bildung von ISAF-Inseln in Kunduz und gegebenenfalls die Wahlabsicherung. Das alles gehört notwendigerweise zusammen.

Dieser deutsche Beitrag ist zudem Teil eines landesweiten Netzes von regionalen Wiederaufbauteams und ISAF-Inseln. Mit dem Aufbau dieses landesweiten Netzes haben die USA angefangen. Dann sind Großbritannien und Neuseeland eingestiegen. Jetzt beteiligt sich auch die Bundesrepublik zusammen mit anderen Partnern. Es geht dabei schlichtweg um **internationale Arbeitsteilung**.

Viele fragen sich, was die 230 Soldaten in Kunduz machen sollen. Ich glaube, es gibt in diesem Zusammenhang einige Missverständnisse. Ein Missverständnis besteht darin, dass die relative Ruhe, die in der Tat in der Region herrscht, mit Stabilität verwechselt wird. Stabilität gibt es dort aber noch keineswegs.

Ein zweites Missverständnis ist, dass die ISAF-Inseltruppe für eine Art Protektoratstruppe gehalten wird, die die Warlords und Drogenbarone sozusagen mit vorgehaltenem Maschinengewehr dazu zwingen würde, von ihrem bisherigen Kurs abzulassen. Ein solches Vorgehen ist aber selbstverständlich illusorisch. Die Soldaten dieser ISAF-Insel haben einen ISAF-Auftrag auszuführen. Dieser umfasst konkret die Sicherheitsunterstützung durch Präsenzpatrouillen in der Stadt und in der Region zusammen mit afghanischen Polizisten und – das ist entscheidend, entzieht sich aber weitgehend der Öffentlichkeit – durch Verbindungsarbeit mit lokalen Machthabern.

Des Weiteren ist die Informationsarbeit vor allem über das Radio – beim Militär wird das operative Information genannt – von entscheidender Bedeutung. Wer das einmal in Kabul mitbekommen hat, weiß, welche strategische Bedeutung dieser Aufgabe zukommt.

Erforderlich sind auch schnell wirksame Wiederaufbauprojekte und die Unterstützung des Polizeiaufbaus. Die Erfahrungen in Kabul haben gezeigt, dass auf diese Weise auch mit relativ – um nicht zu sagen: erstaunlich – geringer Kraft ein hohes Maß an Stabilitätsförderung bewirkt werden kann.

Wider die Befürchtungen einzelner Nichtregierungsorganisationen ist sichergestellt, dass die Unabhängigkeit dieser Organisationen selbstverständlich unberührt bleibt. Der Bundesregierung ist ausdrücklich dafür zu danken, dass sie den Anstoß der USA zu regionalen Wiederaufbauteams aufgenommen und in Richtung ISAF-Inseln weiterentwickelt hat. Dass die Bundesregierung dabei international eine treibende Kraft war, ist ihr in keiner Weise vorzuwerfen, sondern – im Gegenteil – hoch anzurechnen. Das ist nämlich ein Zeichen von Verlässlichkeit. Wir können wahrhaftig nicht das Verhalten mancher Partner als Vorbild nehmen, die sich inzwischen von Afghanistan in Richtung Irak verabschiedet haben.

Zusammengefasst: Die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen stimmt nach sorgfältiger Prüfung dem Antrag der Bundesregierung zu. Die Ausweitung des zivilen, des polizeilichen und des militärischen Engagements ist dringend notwendig. Sie ist von den Vereinten Nationen und von der afghanischen Regierung legitimiert und gewünscht und sie ist auch angesichts der unbestreitbaren Risiken verantwortbar. Das ist ein Signal, dass sich die Bundesrepublik Deutschland zu der seit der Petersberg-Konferenz übernommenen Verantwortung bekennt und nicht auf halbem Weg stehen bleibt, das heißt nicht mittelfristig kehrtmacht.

Ich danke Ihnen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Präsident Wolfgang Thierse:

Ich erteile das Wort Kollegen Dr. Werner Hoyer, FDP-Fraktion.

Dr. Werner Hoyer (FDP):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die FDP-Bundestagsfraktion wird heute dem Antrag der Bundesregierung nicht zustimmen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Wir haben uns diese Entscheidung alles andere als leicht gemacht. Ich bekenne, dass sie mir aus zwei Gründen sehr schwer gefallen ist. Erstens weiß ich genau, dass weder der Wiederaufbau Afghanistans noch die Bekämpfung des dortigen Terrorismus erledigt ist; das muss fortgesetzt werden. Mir ist die Entscheidung – zweitens – auch deshalb schwer gefallen, weil ich die Soldaten der Bundeswehr in solch schwierige Missionen sehr gerne mit dem vollen Rückenwind des Bundestages schicken würde. Deswegen neigen wir von der FDP dazu, solchen Anträgen der Bundesregierung zuzustimmen, wenn es irgendwie möglich ist. Aber man muss uns davon überzeugen, dass die entsprechende Mission auch zu verantworten ist. Das ist hier nicht der Fall.

(Beifall bei der FDP)

Ich versuche, das zu erläutern. Herr Kollege Schäuble, wir sind nicht der Auffassung, dass die einzige Alternative dazu, zu dem vorliegenden Antrag Ja zu sagen, darin bestünde, aus Afghanistan herauszugehen. Ich bin dezidiert der Auffassung, dass der Auftrag in Kabul fortgesetzt werden muss. Ich sperre mich auch keineswegs dagegen, darüber nachzudenken, ob man nicht über Kabul hinausgehen sollte, und zwar im Rahmen eines internationalen und vor allem europäisch abgestimmten Konzeptes, das tatsächlich zur Bildung eines flächendeckenden Netzes aus Stabilitätsinseln führt. Das würde uns ermöglichen, unser Ziel zu erreichen, nämlich auf der einen Seite im Zusammenwirken von ISAF und Enduring Freedom den Terrorismus erfolgreich zu bekämpfen und auf der anderen Seite den Aufbau Afghanistans voranzubringen. Vom Bundesminister der Verteidigung haben wir eben die eindrucksvolle Liste von Partnerländern vorgetragen bekommen, mit denen er im Gespräch ist und von denen wir vielleicht erwarten können, dass sie einige Offiziere oder zivile Kräfte bereitstellen werden, um in unserem Team mitzuwirken. Aber neben dem amerikanischen und dem neuseeländischen Team wird es außer dem britischen keine weiteren europäischen Teams dort geben. Das halte ich für ein eklatantes **Versagen der europäischen Außenpolitik**. Ich bedauere das sehr.

(Beifall bei der FDP)

Wir werden auf diese Weise eine Abdeckung Afghanistans erreichen, die weit unter 20 Prozent liegt. Das wird dem hohen Ziel – das wir teilen – nicht gerecht. Wir sollten in der Tat auf die zivilen Organisationen hören, die zu einem erheblichen Teil zu bedenken gegeben haben, ob ihre Arbeit durch die räumliche, aber auch inhaltliche Nähe zur militärischen Komponente nicht eher erschwert denn geschützt wird. Daher ist es nach meiner Auffassung eine unehrliche Lösung, in Kunduz selber einfach nur eine räumliche Trennung vorzunehmen. Gerade wenn ein Schutz erforderlich sein sollte, wäre eine gemeinsame Unterbringung der militärischen und der zivilen Kräfte durchaus sinnvoll. Das ist durch und durch widersprüchlich. Es ist nichts Halbes und nichts Ganzes.

Ich bin im Übrigen auch der Auffassung, dass wir uns intensiver mit den Hilfsorganisationen auseinander setzen sollten. Diese nämlich mahnen eine andere Prioritätensetzung bei unserem Afghanistanengagement an und machen deutlich, dass Afghanistan in erster Linie Schulen, Krankenhäuser und Infrastruktur benötigt und erst in zweiter Linie Soldaten, es sei denn, sie sind unmittelbar am Kampf gegen den Terror beteiligt.

Das Inselkonzept zielt auf die **Stärkung der Kabuler Zentralregierung** gegenüber den Provinzfürsten. Das ist im Ansatz richtig und wichtig, wird sich in der geplanten Form aber nicht durchsetzen lassen. Die Bundeswehrsoldaten werden in Kunduz so lange sicher sein, wie sie den regionalen Machthabern, insbesondere den Drogenbaronen, nicht in die Quere kommen. In dem Moment, in dem es zu Konflikten kommt, in dem es auch konkret darum geht, die Zentralregierung gegenüber regionalen Machthabern zu stärken und Positionen der Zentralregierung durchzusetzen, wird es brandgefährlich. Dann reichen Ausrüstung, Ausstattung, Luftunterstützung und sonstige Abdeckung unserer militärischen Kräfte nicht aus. Ich halte das für brandgefährlich.

(Beifall bei der FDP)

Besonders brisant wird das Dilemma, in das die Bundesregierung unsere Soldaten in Kunduz schicken will, mit Blick auf die **Drogenproblematik**. Aus Afghanistan kommen drei Viertel des weltweit vertriebenen Heroins. In der Region Kunduz liegen die wichtigsten Anbaugelände. Gerade aus dem Drogenhandel finanzieren die Warlords ihre Privatarmeen. Das bislang in Kunduz tätige amerikanische Team schaut dem Drogenanbau und -handel rat- und tatenlos zu. Alles andere wäre auch nicht durchzusetzen; denn die Warlords werden sich ihre Finanzierungsquellen nicht nehmen lassen.

Das Wegsehen gibt dem schändlichen Treiben aber sozusagen internationalen Geleitschutz.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Das wird die regionalen Warlords und die Drogenbarone gegenüber der Zentralregierung in Kabul stärken und nicht umgekehrt. Übrigens ist das auch Gegenstand der Berichterstattung der ersten Fact Finding Mission, die ausdrücklich eine Klärung dieser Frage verlangt hat. Deren Bedingungen sind in keiner Weise erfüllt worden.

Wir müssen uns darauf einstellen, dass uns auf deutschen Fernsehschirmen bald die ersten Bilder von Bundeswehrsoldaten präsentiert werden, die untätig vor wunderschön blühenden Schlafmohnfeldern oder vor Drogenumschlagplätzen stehen müssen,

(Zuruf von der SPD: So ein Schwachsinn!)

also genau dort, wo die Drogen produziert und gehandelt werden, die eines Tages unseren Kindern in Frankfurt, in Köln und in Hamburg verkauft werden.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Winfried Nachtwei [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Schon in Kabul gibt es das! – Joseph Fischer, Bundesminister: Das gilt alles für Kabul!)

Verstehen Sie mich nicht falsch! Ich plädiere keineswegs für eine Rolle der Bundeswehrsoldaten als Drogenpolizei. Das würde sie in der Tat völlig überfordern und unverantwortlich gefährden. Aber umgekehrt kompromittiert das Nichtstun die sonst so lautstark und entschlossen vorgetragene Drogenpolitik der Bundesregierung und des Bundestages.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Es ist eben ein totales Dilemma, eine Mission Impossible. In eine solche darf man die Soldaten der Bundeswehr nicht schicken.

(Krista Sager [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dann darf man gar nicht nach Afghanistan schicken!)

In eine solche dürfen wir uns auch politisch nicht hineinmanövrieren.

(Beifall bei der FDP)

Die Bundesregierung hat uns zum Schluss noch mit einer erheblichen **Ausweitung des Mandats** überrascht. Sie beantragt die Ermächtigung, Bundeswehrsoldaten aus dem ISAF-Kontingent im Umfeld der geplanten Wahlen über Kabul und Kunduz hinaus in ganz Afghanistan einzusetzen, in Ausnahmefällen und – Minister Struck hat das erläutert – nach Befassung der Obleute der zuständigen Ausschüsse.

Das ist, denke ich, gut gemeint. Ich frage mich allerdings, wie die gut 2 000 deutschen Soldaten in Kunduz und Kabul, die in den wenigen Monaten, die bis zu den Wahlen tatsächlich zur Verfügung stehen, weiß Gott genug zu tun haben werden, auch das noch hinkommen sollen und wie man das, wenn es Ärger geben sollte, wenn es konfliktreich werden sollte, konkret militärisch absichern kann. Die ganz offenkundigen Bauchschmerzen des Bundesministers der Verteidigung teile ich.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wissen, dass auch viele in den Koalitionsfraktionen und in der Union nicht zuletzt wegen der Drogenproblematik Bedenken hatten. Nur das erklärt das Herumgeeiere der letzten Tage, das in allen möglichen Erklärungen und Anträgen seinen Niederschlag gefunden hat.

(Claudia Roth [Augsburg] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wer eiert denn hier herum?)

Da wird am Dienstagabend noch ein Antrag der Koalitionsfraktionen für die Ausschüsse vorgelegt, mit dem Ziel, festzustellen, dass es keine Drogenbekämpfung geben und eine Ausweitung des Einsatzes über Kunduz und Kabul hinaus nur unter bestimmten Bedingungen möglich sein solle. Dann wird mit Schrecken reagiert, als man erkennt: Das geht doch gar nicht, weil das Bundesverfassungsgericht uns aufgegeben hat, dass wir hier sagen müssen: „Hic Rhodus, hic salta“, dass wir also zu diesen Anträgen nur Ja oder Nein sagen und keine weiteren Erklärungen abgeben können. Daraufhin hat die Bundesregierung in Erkenntnis der Rechtslage gemeint: Dann machen wir eine Protokollerklärung. – Nachdem diese Protokollerklärung vorgetragen worden war, kam der große Schrecken: Darin wird die Ablehnung jeglichen Tätigwerdens in der Drogenfrage zu evident. In der dritten Version ist dann noch an den Schluss folgende salvatorische Klausel eingefügt worden: Es solle zwar keine Beteiligung an der Drogenbekämpfung geben, aber ein Umfeld geschaffen werden, innerhalb dessen die

Ausbildung von afghanischen Drogenbekämpfern möglich werde. – Meine Damen und Herren, das hat etwas Winkeladvokatorisches.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die FDP-Bundestagsfraktion kann diesem Antrag leider nicht zustimmen. Ich sage „leider“ und füge hinzu: Wir wissen, dass wir heute in dieser Abstimmung unterliegen werden.

(Karin Kortmann [SPD]: Auch mit der Argumentation!)

Wir werden als Demokraten das Ergebnis dieser Abstimmung respektieren und anschließend dort, wo wir parlamentarisch oder sonstwie Verantwortung oder Mitverantwortung tragen, alles dafür tun, dass dieser heute vom Bundestag beschlossene Auftrag erfolgreich durchgeführt werden kann und dass die Soldaten der Bundeswehr erfolgreich und unverseht nach Hause zurückkehren können.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Wolfgang Thierse:

Ich erteile das Wort Kollegen Gernot Erler, SPD-Fraktion.

Gernot Erler (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Beitrag des Kollegen Hoyer hat noch einmal gezeigt: Es ist wichtig, dass geklärt wird, worüber wir heute beschließen. Darüber hat es eine öffentliche Diskussion gegeben; sie hat gezeigt, dass es Klärungsbedarf gibt. Der richtige Ort für diese Klärung ist hier, das Plenum des Deutschen Bundestages.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Ich will anfangen, indem ich klarstelle, was diese Kunduz-Mission nicht ist: Sie ist kein Spaziergang der Bundeswehr in ein sicheres Gebiet, gewissermaßen überflüssig und lediglich der Tätigkeitsnachweis für einen deutschen Beitrag im Antiterrorkampf und damit ein Ersatz für andere Aktivitäten. Die Wahrheit ist: Kunduz ist ein geographisches Kürzel für vier Nordprovinzen in Afghanistan mit 85 200 Quadratkilometern, auf denen 3,2 Millionen Menschen leben. Es ist schon eine schwierige Aufgabe, dort das hier schon mehrfach zitierte sichere Umfeld zu schaffen. Das kann man nur durch Präsenz der internationalen Gemeinschaft vor Ort. Wir können dabei auf das besondere Vertrauensverhältnis zu Deutschland zurückgreifen, das dort verbreitet ist. Damit kommen wir dem dringenden Wunsch der afghanischen Übergangsregierung nach, das exakt dort zu tun. Es kann natürlich nicht darum gehen, dort Sicherheit zu erzwingen. Mit 230 bis 450 Soldaten wäre das auch absolut lächerlich.

Warum ist es überhaupt notwendig und sinnvoll, in dieser Region ein sicheres Umfeld zu schaffen? Gerade in Kunduz, in diesen vier Nordprovinzen, stehen in den nächsten Wochen und Monaten sehr wichtige, exemplarische Prozesse bevor. Der eine davon verbindet sich mit drei Stichworten, nämlich **Demobilisierung, Demilitarisierung und Reintegration**, was dann die etwas eigenartige Abkürzung „DDR“ ergibt. Diese Mission wird von der neu gebildeten afghanischen Nationalarmee durchgeführt, die dabei die besondere Unterstützung Japans erhält. Kunduz ist hierfür als Ort eines exemplarischen Pilotprojektes ausgesucht worden. Es versteht wohl jeder, dass man für diesen komplizierten Prozess ein sicheres Umfeld braucht.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Für den 10. Dezember erwarten wir die Bildung der verfassungsgebenden Loya Jirga durch den afghanischen Übergangspräsidenten. Dann wird auch in dieser Region eine sehr intensive, wahrscheinlich auch spannungsreiche Diskussion über die neue Verfassung geführt. Dabei wird über die künftige Struktur Afghanistans sehr viel entschieden. Dafür braucht man ein sicheres Umfeld durch eine sichtbare Repräsentanz der internationalen Gemeinschaft.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Der Plan von Petersberg sieht vor, dass im Juni nächsten Jahres **Wahlen** stattfinden. In den nächsten Monaten findet die Registrierung der Wähler statt. Dadurch werden die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass alle Parteien – auch solche, die nicht ethnisch begründet oder von den Warlords in ihren Regionen kriert worden sind – eine Chance haben. Dazu braucht man ein sicheres Umfeld und die Repräsentanz der internationalen Gemeinschaft.

Herr Hoyer, ich glaube, das ist insgesamt schon ein überzeugendes Konzept. Ich bedauere sehr, dass Sie und Ihre Fraktion die Bedeutung offensichtlich nicht verstanden haben.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Auch wenn es entsprechende Befürchtungen gegeben hat, ist die Mission in Kunduz außerdem kein Begleitschutz für zivile Helfer vor Ort. Denn dies würde die Gefahr bergen, dass die beiden Missionen vermischt werden und eine optische Identität von Militärischem und Zivilem entsteht. Die Bundeswehr wird vor Ort keine Rolle spielen, für die sie nicht ausgebildet und auf die sie nicht vorbereitet ist. Herr Kollege Hoyer, sie wird in der Tat nicht Drogenpolizei spielen.

Warum haben wir denn in Kabul nicht nur eine allgemeine Polizei – das war die deutsche Aufgabe – und eine Grenzpolizei, sondern auch eine **Drogenpolizei** eingerichtet? Herr Hoyer, diese ist dort einzusetzen. Ihre Bedenken sind doch kein Argument gegen die Kunduzmission.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Herr Hoyer, der militärische Einsatz wird überhaupt erst verständlich, weil er mit einem zivilen Einsatz und einer Verstärkung von internationalen Programmen einhergeht. Ich hätte mir gewünscht, dass Ihre Fraktion zur Kenntnis nimmt: Die Bundesregierung hat dafür gesorgt, dass diese Programme zum Beispiel Einkommenshilfen für jene Bauern einschließen, die sich vom Opiumanbau abwenden. Zu diesen Maßnahmen gehört eine vernünftige Arbeitsplatzpolitik für die zurückgekehrten Flüchtlinge und diejenigen, die aus der Demobilisierung kommen. Das ist doch die einzige Chance im Kampf gegen die Opiumherrschaft der dortigen Drogenbarone.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Es gibt noch viele andere **Aufgaben im Infrastrukturbereich**: bei der Aufbereitung von Trinkwasser, im Bereich der Elektrizität, beim Straßenbau. Der Aufbau der Polizei in der Region – das ist die Verbindung von Militärischem und Zivilem in Kunduz. Das, was in Kabul geglückt ist, soll in der Provinz ebenfalls gelingen.

Das Konzept sieht vor, dass die afghanischen Politiker vor Ort mehr Selbstverantwortung übernehmen. Das ist auch im Kontext mit einer ganz anderen Diskussion sehr wichtig. Man kann das im Zusammenhang mit der Kunduzmission nicht einfach beiseite schieben, wie es hier passiert ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Offenbar besteht auch Unklarheit darüber, was das **Konzept von ISAF-Inseln** beinhaltet. Ich kann dabei nur aufgreifen, was der Kollege Schäuble hier gesagt hat. Es stimmt, das Konzept der ISAF-Inseln ist kein Retortenprodukt von irgendwelchen Strategen am Schreibtisch; die ISAF-Inseln sind die Folge einer defizitären politischen Entwicklung vor Ort.

Wir wissen, dass die Übergangsregierung Karzai heute Autorität im Wesentlichen in Kabul und der Umgebung hat. Die Hoffnung darauf, dass sie sich von alleine ausweitet, war leider irrig. Die Idee, so viele Soldaten zur Verfügung zu stellen, dass man die Autorität zwangsweise ausweiten kann, ist unrealistisch, weil kein Land bereit ist, entsprechende Kräfte zur Verfügung zu stellen.

Insofern ist das Konzept, ISAF-Inseln zu schaffen, auch Ausdruck eines Lösungsansatzes. Herr Kollege Hoyer, die Idee dahinter ist doch, dass man ein Vorbild bzw. einen Anstoß gibt, von dem man erwarten kann, dass auch die afghanische Bevölkerung ihn versteht. Gerade die Kooperation von Zentralregierung und internationaler Gemeinschaft, die der Bevölkerung sichtbare Vorteile bringt, soll als Pilotprojekt wirken, das sich von ganz allein fortsetzt. Die Bereitschaft zur Zusammenarbeit soll größer werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen ist die **Kombination von Bundeswehreinsatz und internationaler Hilfe** so wichtig. Es ist wichtig, dass es nicht nur acht Inseln bleiben, sondern dass sich darüber hinaus auch noch andere Länder engagieren. Das wollen wir doch.

Deshalb ist auch entscheidend, dass das Ganze im neu geschaffenen Rahmen von ISAF und nicht im Kontext von Enduring Freedom und der Terrorbekämpfung stattfindet; denn diese Mission hatte für die Bevölkerung vor Ort sehr viele problematische Begleiterscheinungen. Ich finde, man muss sehr anerkennen, dass die Bundesregierung es geschafft hat, dass es zu der UN-Resolution 1510 gekommen ist.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Ich möchte behaupten: In der Geschichte der Afghanistanpolitik wird es als das Wichtigste angesehen werden, dass das ISAF-Konzept jetzt im ganzen Land angewandt werden kann, auch wenn es leider zurzeit nur inselbündig zur Anwendung kommt. Dieser Prozess, den wir mit unserem heutigen Beschluss unterstützen können, steht wirklich für eine neue strategische Etappe. Das schließt sich nahtlos an unsere bisherigen Engagements an, die immer Pioniercharakter hatten. Wir waren die Ersten, die umfangreiche humanitäre Hilfe in Afghanistan geleistet haben. Die Bundesregierung hat mit unserer Unterstützung den politischen Prozess der **Petersberg-Konferenzen** auf den Weg gebracht. Wir haben uns mehr als andere Nationen bei der Absicherung

dieses politischen Prozesses beteiligt, indem wir eine militärisch sekundäre, aber politisch sehr wichtige Rolle eingenommen haben. Die nächste wichtige Etappe der ISAF-Mission ist es jetzt, Inseln zu schaffen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, was hier stattfindet, kann man getrost als Regimechange bezeichnen. Wir befinden uns mitten in einem **Nation-Building-Prozess**.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Jeder von uns weiß, dass dieser Prozess mühsam, langwierig und auch unerhört kostspielig ist. Wir beachten dabei aber – ich zitiere das hier im Plenum immer wieder gerne – die große Mahnung, die von diesem Platz aus Kofi Annan uns gegeben hat, nämlich eine nachhaltige Friedensstrategie zu verfolgen. Kunduz steht für die Fortsetzung dieser nachhaltigen Friedensstrategie.

Abschließend möchte ich doch noch einmal ein Wort zu Ihren Ausführungen, Herr Hoyer, sagen: Ich habe gehört, wie respektvoll sich der Bundesminister der Verteidigung mit Ihrem Nein auseinander gesetzt hat. Eine Kritik kann ich Ihnen nach Ihrem Beitrag aber nicht ersparen: Sie haben wunderbar die Schwierigkeiten beschrieben. Der Analyse kann man nicht widersprechen. Ich fand es aber empörend, dass Sie hier das Bild gezeichnet haben, dass deutsche Soldaten einfach nur zuschauen würden, wie dort weiterhin Drogenanbau betrieben wird.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Man kann doch in der Politik nicht nur Fragen stellen, sondern man muss auch Antworten geben. Sie haben keinerlei Alternative aufgezeigt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN – Zurufe von der FDP)

Nachdem nun schon Ihre eigenen Leute Ihrer Partei vorhalten, dass sie sich in der deutschen Politik abmeldete, sage ich Ihnen, dass die Gefahr besteht, dass Sie sich auch noch in der internationalen Politik abmelden. Das ist natürlich Ihr Problem.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Für meine Fraktion kann ich nur sagen: Wir unterstützen die Fortsetzung der Friedenspolitik durch die Mission in Kunduz. Wir werden die deutschen Soldaten, aber auch die Arbeit des Entwicklungshilfeministeriums und der internationalen Hilfsorganisationen in dieser Region solidarisch begleiten und immer auch kritisch auf ihre Wirksamkeit überprüfen. In diesem Sinne werden wir zustimmen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Präsident Wolfgang Thierse:

Ich erteile das Wort Kollegen Hans Raidel, CDU/ CSU-Fraktion.

Hans Raidel (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir entscheiden heute, ob wir in Afghanistan weiter Hoffnungen fördern wollen oder ob wir Hoffnungen enttäuschen wollen. Wir haben das Petersberg-Abkommen. Es wäre sicherlich hilfreich gewesen, wenn in diesem Zusammenhang sozusagen im Rahmen eines Petersberg-III-Abkommens erläutert worden wäre, wo wir stehen und wohin wir wollen. Auch für die heutige Debatte wäre das wahrscheinlich aufschlussreich gewesen.

Unser Ziel muss es natürlich sein, weiterhin **Hilfe zur Selbsthilfe** zu geben und die Afghanen möglichst schnell in die Lage zu versetzen, ihr Land aufzubauen. Ich frage mich da schon: Wo sind die Alternativvorschläge der Kritiker?

(Beifall des Abg. Gert Weisskirchen [Wiesloch] [SPD])

Ich stelle hier fest: Wer Sicherheit in diesem Lande haben will, der wird über die Ausweitung von **Stabilitätszonen** über Kunduz und Kabul hinaus nachdenken müssen.

Angesichts der Tatsache, dass wir uns in diesem Ziel einig sind, stellt sich die Frage, wie wir weiter vorgehen sollen. Das Leuchtturmprojekt „Kunduz“ ist kein Sonderprojekt Deutschlands. Die Amerikaner, die Engländer und andere haben im Lande schon Ähnliches gestaltet. Die Amerikaner gehen jetzt aus Kunduz heraus und wir gehen nach Kunduz mit einem erweiterten Spektrum an Aufgaben hinein. Alle wissen, wie gefährlich das ist und dass die Hilfstruppe Bundeswehr die Helfer bei ihrer humanitären Hilfe unterstützen muss, wenn diese ihre originären Aufgaben dort erfüllen sollen. Deutschland darf in der Kunduzfrage nicht abseits stehen und wir können uns dieser Aufgabe nicht entziehen. Vorhin klang es so, als würden wir uns in Komplizenschaft zu den Drogenbaronen begeben. Genau dieses ist aber nicht der Fall – das weiß jeder –, wenn wir uns weiterhin bei der Aus-

bildung von afghanischer Polizei und afghanischem Militär engagieren, die dann unsere Aufgaben übernehmen können.

(Zuruf von der FDP: Wann denn?)

– Wir sind doch auf einem gute Wege. Es gibt bereits eine Polizeischule dort; die Ausbildung hat schon begonnen. Außerdem haben wir erste Militärkräfte in dieser Region. Bei aller Kritik muss man schon ein bisschen Hoffnung bei diesem Einsatz haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Natürlich wissen wir, dass der Einsatz gefährlich ist; denn trotz verschärfter Sicherheitsmaßnahmen waren in Kabul Opfer zu beklagen. Wir müssen aufpassen, dass Ähnliches in Kunduz nicht passiert.

Wir haben uns die Entscheidung nicht leicht gemacht. Gerade die CDU/CSU hat in allen Arbeitsgruppen bohrende und quälende Fragen gestellt.

(Günther Friedrich Nolting [FDP]: Und was für Antworten bekommen?)

Ich bin jedem Kritiker auf unserer Seite dankbar, weil er mit seiner Kritik dazu beigetragen hat, die Diskussion über dieses Thema zu befördern, Aufklärung zu leisten und die Regierung in der Frage – ich will nicht sagen: festzunageln – zu positionieren, was geht und was nicht geht.

Wir haben die Frage nach Schutzkonzepten, nach Ausrüstung und Ausbildung gestellt. Wir waren doch diejenigen, die gefordert haben, dass es eine seriöse Finanzierung geben muss.

(Günther Friedrich Nolting [FDP]: Ist das geregelt?)

Es ist ein Kritikpunkt von unserer Seite, dass die Bereitstellung der Mittel im Haushalt derzeit noch nicht abgesichert ist.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Die Frage ist: Wie gestalten wir dieses Thema weiter? Wir wissen doch, dass nicht nur für uns allein dieses Thema wichtig ist. Heute schaut ganz Afghanistan auf uns, um zu sehen, ob wir beschließen, die Petersberg-Hilfe, die wir zugesagt haben, fortzusetzen. Wollen Sie da aussteigen – ja oder nein? Die UNO, die USA, die NATO und auch Europa sehen nach den vielen Irritationen der letzten Monate die Afghanistanfrage als Testfall für die **Bündnisfähigkeit** und für die Zuverlässigkeit Deutschlands an. Wollen Sie sagen, dass diese Fragen, die die Partner stellen, nicht berechtigt sind?

Auch die Bundeswehr schaut auf uns, um zu sehen, ob das Parlament mit großer Mehrheit diese Einsätze mitträgt. Immer nur zu erklären, wie es sein sollte, dann aber nicht bereit zu sein, Entscheidungen mitzutragen, das ist in so wichtigen und entscheidenden Fragen zu wenig. Deswegen begrüße ich diesen klärenden Prozess in unserer Fraktion. Wir haben uns in sehr vielen Stufen kritisch diesem Thema genähert. Zum Schluss können wir bei allem, was ansteht, sagen: Wir halten diesen Einsatz für verantwortbar. Vor allem halten wir ihn auch gegenüber unserer Bundeswehr für verantwortbar; denn wir sind es, die im Rahmen der Fürsorgepflicht von dieser Regierung die Zusage einfordern, dass alles getan wird, damit der Einsatz möglichst sicher sein wird.

Wenn wir zustimmen, stimmen wir natürlich nicht in freudiger Erwartung zu. Jeder weiß doch, wie schwer wir es uns machen und wie schwer jeder es sich auch machen muss. Denn es ist keine Nebenbei-Entscheidung, wenn man solche Einsätze beschließt. Wenn wir zustimmen, dann aus Verantwortung für Afghanistan und aufgrund unserer Bündnisverpflichtungen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Präsident Wolfgang Thierse:

Ich erteile Bundesminister Joseph Fischer das Wort.

Joseph Fischer, Bundesminister des Auswärtigen:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte mich ausdrücklich bei Ihnen, Herr Kollege, und bei Ihrer Fraktion für Ihre Zustimmung zu dem Antrag der Bundesregierung bedanken. Lassen Sie mich auf einige Punkte eingehen, die in der Debatte angesprochen wurden.

Am heutigen Tag gibt es in den deutschen Medien zwei interessante Stellungnahmen zu lesen – interessant von der Sache her, aber auch interessant, was die Autoren betrifft. Das Erste ist das, was der **Verteidigungsminister der Vereinigten Staaten** in einem Memorandum über die Schwierigkeiten, die sich in Afghanistan, vor allem aber im Irak ergeben, gesagt hat. Das Zweite ist ein – in Übersetzung in der „taz“ erschienener – hochinteressanter Artikel von Frederick Kagan, in dem er das **Nation Building** als zentrales Mittel für den Krieg gegen den internationalen, insbesondere den islamistischen Terrorismus dargestellt hat.

Ich denke, das sind zwei bemerkenswerte Stellungnahmen, weil Folgendes klar wird: Es geht nicht nur darum, Terrorismus dort, wo er eine aktuelle Gefährdung bedeutet, militärisch zu bekämpfen und seine Netzwerke zu zerstören, sondern es geht vor allen Dingen darum, dazu beizutragen, Staaten zu helfen, Völkern zu helfen, langfristig wieder auf die Beine zu kommen, und Verhältnisse herzustellen – das ist eine mühselige, langwierige Aufgabe –, die dauerhaften Frieden ermöglichen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Genau das ist die Politik, die die Bundesregierung immer vertreten hat und weiterhin vertritt.

Ich kann Ihnen, Herr Kollege Schäuble, nur zustimmen bei dem, was Sie in Ihrem Beitrag heute gesagt haben. Was wir in Afghanistan tun, ist ein Beitrag zum **Kampf gegen den internationalen Terrorismus** – im Sinne unseres erweiterten Sicherheitsbegriffes –; das ist keine Frage des Mandats, sondern der Substanz. Afghanistan befindet sich gegenwärtig am Scheideweg. Sie haben die Frage gestellt: Was hat sich verändert? Ich habe es im Ausschuss neulich schon gesagt und möchte es hier wiederholen:

Wir hatten die Sorge, dass es mit dem Beginn des Irakkrieges zu einer Verschiebung der Aufmerksamkeit und einem Abnehmen der Bereitschaft der internationalen Staatengemeinschaft, sich in Afghanistan zu engagieren, kommt. Wir hatten damals die Führungsverantwortung in Kabul; alle haben das sehr geschätzt. Die große Sorge war, dass der Wiederaufbau in Afghanistan zu einem nationalen Problem der Bundesrepublik Deutschland werden könnte. Das hätte uns schlicht überfordert.

Jetzt hat die NATO die Führung der ISAF-Mission in Kabul übernommen. Nun geht es darum, mit der Umsetzung des **Petersberg-Abkommens** voranzukommen. Wie der Kollege Nachtwei angesprochen hat, ist dabei die Frage der Stabilisierung zentral dafür, vor allen Dingen den politischen Prozess weiter voranzubringen. Es gab Stimmen, das Petersberg-Abkommen sei gescheitert. Ich kann nur sagen: Ich sehe das völlig anders. Im Gegenteil: Es gibt kein anderes Konzept. Wir müssen es umsetzen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Trotz aller Schwierigkeiten, die hier genannt worden sind, haben wir beachtliche Erfolge erzielt: Zweieinhalb Millionen Flüchtlinge sind zurückgekehrt. Ein Minimum an Stabilität ist gegeben.

Die **Taliban** versuchen sich in den Ostprovinzen und Südostprovinzen, an den Grenzen zu Pakistan, zu reorganisieren. Nicht nur wir, sondern alle unsere westlichen Partner, an erster Stelle die Vereinigten Staaten, führen intensive Gespräche, um Pakistan zu bewegen, Grenzübertritte energischer als bisher zu unterbinden.

Präsident Wolfgang Thierse:

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Gauweiler?

Joseph Fischer, Bundesminister des Auswärtigen:

Aber bitte.

Dr. Peter Gauweiler (CDU/CSU):

Herr Fischer, zu Ihrer Anmerkung hinsichtlich einer Stabilisierung des Landes: Ist Ihnen der Bericht des Leiters der Erkundungskommission der Bundesregierung für Kunduz, des Generalleutnants Riechmann, bekannt, der im Zusammenhang mit der Region, zu der Sie jetzt Ausführungen gemacht haben, von der Gefahr des Aufbaus eines Drogenstaates gesprochen hat?

Joseph Fischer, Bundesminister des Auswärtigen:

Ja. Dies ist richtig. Umso wichtiger ist es, dass wir nicht zulassen, dass sich so etwas entwickelt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Ich komme auf die Drogenproblematik gleich zu sprechen, Kollege Gauweiler. Denn ich nehme sie und die in diesem Zusammenhang vorgebrachten Argumente sehr ernst.

(Günther Friedrich Nolting [FDP]: Mit 200 Soldaten? – Weitere Zurufe von der FDP)

– Ich gehe gleich auf die FDP ein. – Herr Kollege Gauweiler, ich werde versuchen, Ihre Frage aus meiner Sicht etwas später zu beantworten. Ich bitte, das zu akzeptieren.

Der entscheidende Punkt ist für mich in diesem Zusammenhang, dass wir jetzt mit der Umsetzung des Petersberg-Abkommens, vor allen Dingen was den Wahlprozess betrifft, vorankommen. Hierin liegt der entscheidende Unterschied zum Irak. Es ist den Vereinten Nationen auf der Grundlage des Petersberg-Abkommens gelungen – Lakhdar Brahimi hat auf dem Petersberg eine großartige Arbeit geleistet –, einen innerafghanischen Konsens, der zwar fragil ist, aber dennoch existiert und sich mittlerweile über Monate hinweg als belastbar er-

wiesen hat, zu erzielen. Die Umsetzung dieses Konsenses durch den Aufbau politischer Institutionen, durch wirtschaftlichen Fortschritt und durch den Aufbau des Landes, und zwar sowohl was die politischen als auch die ökonomischen und sozialen Strukturen betrifft, ist die zentrale Herausforderung.

Dazu sage ich Ihnen, Herr Hoyer – ich habe mir die wesentlichen Punkte aufgeschrieben, die Sie genannt haben –: All das, was Sie hier aufgeführt haben, spräche dafür, dass die FDP den sofortigen Abzug der Bundeswehr aus Kabul fordert.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Das will Ihnen einmal erläutern:

Erster Punkt: **internationales Konzept**. Die FDP war einmal die Partei großer Außenminister. Es gab jetzt eine Resolution der Vereinten Nationen. Das Vorgehen ist im Rahmen des Sicherheitsrates mit den internationalen Partnern abgestimmt. Es hat parallel zur Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York eine Afghanistankonferenz stattgefunden, an der Sie nicht teilgenommen haben. Exakt dort ist es darum gegangen, wie wir mit der Implementierung weiterkommen. Da wir den Militäraufbau nicht flächendeckend gestalten können – wenn Sie das Militär, das in Kabul ist, proportional, das heißt flächendeckend, auf das Land insgesamt hochrechnen, so ist das nicht darstellbar – und da wir uns auf Kabul nicht begrenzen können, ist nach den ersten Erfahrungen der PRTs, der Provincial Reconstruction Teams bzw. der Wiederaufbauteams, die Konsequenz, genau diesen Weg zu gehen. Das hat die Zustimmung der internationalen Staatengemeinschaft in New York gefunden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Ich frage mich, was Sie unter einem Konzept tatsächlich verstehen.

Zweiter Punkt: **Drogen**. Ich weiß nicht, wie oft Sie in Kabul waren und inwieweit Sie die Realität kennen. Ich kann Ihnen nur sagen: Wenn der Maßstab die Kooperation mit denjenigen ist, die mit Drogen oder auch mit Waffen handeln oder Privatarmeen aufbauen, dann werden Sie den genauso in Kabul anlegen müssen. Verschließen Sie doch die Augen nicht vor der Realität!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Meines Erachtens ist es völlig blind, wenn Sie nicht sehen, wie die Verhältnisse auch in Kabul sind. Die sind nicht wesentlich anders.

Das heißt, wenn wir diese Verhältnisse ändern wollen, dann nützt es nichts, wenn wir darüber eine innenpolitische Debatte führen und wenn wir diese Verhältnisse zwar in Kabul akzeptieren, aber im Hinblick auf die Provinzen, in denen wir im Zusammenhang mit dem Wahlprozess dringend Präsenz brauchen, plötzlich puristisch werden. Das verstehe ich beim besten Willen nicht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich kann das, was der Kollege von der CDU/CSU vorhin in diesem Zusammenhang gesagt hat, nur nachdrücklich unterstreichen.

Dritter Punkt: **Extraction**. Sie haben die Frage gestellt: Was passiert mit den Bundeswehrsoldaten, wenn es tatsächlich zu einer krisenhaften Zuspitzung kommt? Dazu kann ich nur sagen: Dasselbe gilt in Kabul. Eine Extraction ist nur mit NATO-Unterstützung und hier mit US-Unterstützung zu gewährleisten. Das gilt schon heute; das gilt selbstverständlich auch morgen und übermorgen. Das wissen auch Sie, weil wir darüber in den beiden zuständigen Ausschüssen oft diskutiert haben.

Ich kann Ihnen nur sagen: Seien wir froh, dass ein britisches PRT, ein britisches Rekonstruktionsteam, bestehend aus einer kleinen Gruppe britischer Militärs, in Masar-i-Scharif war. Daran können Sie sehen: Dies war ein riskanter, aber notwendiger Einsatz, übrigens auf dem gleichen Niveau wie in Mazedonien, nämlich konflikt-schlichtend. Den Briten war es in Masar-i-Scharif zusammen mit dem afghanischen Innenminister möglich, die bewaffnete Auseinandersetzung zwischen zwei regionalen Provinzfürsten zur Einstellung zu bringen. Das ist eine der Aufgaben, die dort zu leisten ist. Sie ist riskant, aber im Interesse des Wiederaufbaus.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Eine der großen Leistungen, die wir mit relativ geringen Kräften erzielen, ist der **Polizeiaufbau**. Drogenbekämpfung bedeutet erstens, dass wir strukturell den Wiederaufbau der afghanischen Volkswirtschaft jenseits der Drogenproduktion ermöglichen. Zweitens heißt es, die afghanischen Sicherheitsbehörden aufzubauen. Hier leistet die Bundesrepublik Deutschland mit den wenigen eingesetzten Polizeibeamten von Bund und Ländern – ich betone das ganz bewusst, weil diese Zusammenarbeit sehr wichtig ist – eine so hervorragende

Arbeit, dass ich international immer wieder darauf angesprochen werde. Man fordert uns auch auf, diese Arbeit auch außerhalb Kabuls zu leisten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Drittens werden wir uns für die institutionelle Verbindung von Provinzen einsetzen. Afghanistan war kein Zentralstaat und soll auch keiner werden. Der Kollege Schäuble hat bereits auf die Realitäten in Afghanistan vor 1973 hingewiesen und erklärt, dass die dortigen Realitäten nicht mit denen der Bundesrepublik vergleichbar sind.

Ich denke, es bedarf langfristiger Anstrengungen und Hilfe, um die Beschlüsse der Afghanistan-Konferenz auf dem Petersberg umzusetzen und zu einer eigenständigen afghanischen Perspektive zu kommen. Es ist uns dabei klar, dass wir die Drogenproblematik nicht völlig beseitigen können. Das wurde auch bei den deutsch-russischen Konsultationen – bei dem Gespräch zwischen dem Bundeskanzler und dem russischen Präsidenten in Jekaterinenburg – deutlich. Das haben auch die praktischen Kooperationen mit dem Iran gezeigt, sie gibt es schon länger im Kampf gegen den afghanischen Drogenhandel.

Tatsache ist: Auf die **Nachbarstaaten** kommt mehr und mehr ein Problem zu. Die Bereitschaft zur aktiven Kooperation zur Unterbindung des Handels gründet sich in diesen Staaten auf Eigeninteresse; denn die Drogenproblematik betrifft die jungen Menschen in diesen Ländern immer stärker. Der internationale Fokus richtet sich darauf, Großbritannien hat die Führungsfunktion im Bereich Drogenbekämpfung übernommen und wir sind uns einig, dass wir intensiv zusammenarbeiten werden. Konsequenz ist aber die Präsenz von ISAF.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Konsequenz heißt nicht wegschauen und den Kopf in den Sand stecken. Nein, meine Damen und Herren von der FDP, ich bedauere sehr, dass Sie mit Ihrer außenpolitische Tradition jetzt auf diesem Kurs sind. Aber das müssen Sie letztendlich selbst verantworten.

Ich möchte mich bei allen Kolleginnen und Kollegen für die Unterstützung dieses Mandats bedanken und ich wünsche unseren eingesetzten Soldaten, dass sie gesund und wohlbehalten von diesem Einsatz zurückkehren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Präsident Wolfgang Thierse:

Ich erteile das Wort dem Kollegen Ralf Brauksiepe, CDU/CSU-Fraktion.

Dr. Ralf Brauksiepe (CDU/CSU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Schon kurz nach dem 11. September 2001 haben wir in diesem Hause gemeinsam die Entscheidung getroffen, uns in Afghanistan auch mit bewaffneten deutschen Soldaten zu engagieren. Uns allen war damals klar, dass wir es uns nicht erlauben können, dieses Land wieder zu einer Zone der Ordnungslosigkeit und zu einem Trainingscamp für den internationalen Terrorismus absinken zu lassen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Das war und ist nicht nur außen- und sicherheitspolitisch, sondern auch entwicklungspolitisch geboten. Unser militärisches Engagement bietet eine Chance, Afghanistan nach Jahrzehnten des Kriegs, der Unterdrückung und der Zerstörung wieder auf einen hoffnungsvollen Weg in die Zukunft zu bringen.

Klar ist aber auch, dass wir unsere Augen nicht vor der Wirklichkeit verschließen dürfen. Zu dieser Wirklichkeit gehört, dass seit unserem letzten Beschluss über die Verlängerung des ISAF-Mandates vor knapp einem Jahr die Probleme in Afghanistan gewiss nicht kleiner geworden sind. Es kann nicht oft genug daran erinnert werden, dass vier deutsche Soldaten bei ihrem Einsatz ihr Leben verloren und viele andere zum Teil schwerste Verletzungen davongetragen haben.

Umso notwendiger ist es, in ganz Afghanistan den Teufelskreis aus Mangel an Sicherheit und Wiederaufbau endlich zu durchbrechen. Deswegen nehmen wir es sehr ernst, wenn uns beispielsweise Vertreter der politischen Stiftungen sagen, dass wir uns mit unseren Anstrengungen nicht auf Kabul und Umgebung beschränken dürfen, weil sonst nicht nur der Rest des Landes in Elend und Chaos zu versinken droht, sondern auch die in Kabul bereits erreichten Erfolge wieder infrage gestellt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Deswegen ist die US-amerikanisch-britische Idee, der wir uns nun anschließen, mithilfe regionaler **Wiederaufbauteams** die Entwicklung im Lande voranzutreiben, grundsätzlich richtig und auch die militärische

Absicherung dieser Aktivitäten halten wir trotz aller vorgetragener Bedenken von Nichtregierungsorganisationen für richtig.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir nehmen gleichwohl die Bedenken der NROs, die auch Wolfgang Schäuble angesprochen hat, sehr ernst. Wir müssen bei unserer Entscheidung berücksichtigen, dass der geplante Einsatz deutscher Soldaten in Kunduz in der Tat gegen den Willen maßgeblicher deutscher **Nichtregierungsorganisationen** erfolgt. Frau Ministerin, auch wenn Sie den Kopf schütteln, muss man sagen: Man sollte diese Bedenken nicht mit dem Hinweis da-rauf ignorieren, dass auch die NROs eine Ausweitung des ISAF-Mandates über Kabul hinaus befürworten. Es ist eben ein Unterschied, ob ich grundsätzlich ein Engagement auch außerhalb Kabuls unterstützte oder ob ich ganz konkret diesen militärischen Einsatz mittrage.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Deswegen stimmt es uns natürlich auch bedenklich, wenn – wie vor zwei Tagen in der „Berliner Zeitung“ zu lesen – die Gesellschaft für bedrohte Völker sagt: „Kunduz braucht diesen Einsatz nicht“, wenn das Deutsche Rote Kreuz fürchtet, die Glaubwürdigkeit einer neutralen Organisation sei dahin, und wenn Caritas International erklärt: „Die Sicherheit unserer Mitarbeiter wird durch den Kunduz-Einsatz nicht unbedingt erhöht“.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Ich könnte diese Reihe noch lange fortsetzen. Ich wiederhole noch einmal: Man muss nicht all diese Bedenken teilen, aber man muss sie aus entwicklungspolitischer Sicht wenigstens ernst nehmen. Deswegen bedauern wir es, dass das Entwicklungshilfeministerium nicht in der Lage gewesen ist, die NROs von der Notwendigkeit dieses Einsatzes zu überzeugen

(Karin Kortmann [SPD]: Quatsch!)

und bei seinen Ansprechpartnern offensichtlich nicht das wünschenswerte Vertrauen genießt. Das ist bedauerlich und muss hier festgestellt werden.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Ich muss in diesem Zusammenhang noch ein zentrales Bedenken aufgreifen, das schon angesprochen worden ist: Wir sind uns hier über die Parteigrenzen hinweg üblicherweise einig, dass Entwicklungspolitik Hilfe zur Selbsthilfe bedeuten soll. Das heißt eben auch, dass Afghanistan den nach seinen Kräften möglichen eigenen Beitrag dazu leisten muss.

Genau diesen Beitrag vermissen wir allerdings bei der **Bekämpfung des Drogenanbaus**. Dabei ist die Protokollnotiz des Bundesaußenministers ja richtig und deswegen von uns auch eingefordert worden: Natürlich wollen wir nicht, dass die Bundeswehr in die Drogenbekämpfung militärisch hineingezogen wird. Aber umgekehrt wird niemand ernsthaft bestreiten können, dass der Drogenanbau in Afghanistan nicht bei Nacht und Nebel anonym durch völlig unbekannte Mächte erfolgt, sondern dass er gerade in der Region Kunduz von Personen des öffentlichen Lebens betrieben wird, die auch der Bundesregierung bekannt sind. Natürlich ist das ein Dilemma für uns. Frustrierend ist für uns auch die Vorstellung, wie dieser Drogenanbau funktioniert. Es kann aber nicht sein, dass wir den Drogenanbau in der Region Kunduz dauerhaft mit unserer militärischen Präsenz erleichtern. Das kann auf Dauer keine Perspektive sein.

Herr Kollege Hoyer, in einem muss ich dem Außenminister beipflichten: Wir werden mit diesem Beschluss keine Komplizen der Drogenbarone. Wir tun das uns Mögliche, um genau das nicht zu werden. Wir kommen aber aus diesem Dilemma, in dem wir unbestreitbar stecken, auf keinem Weg heraus. Wir kommen da auch nicht durch einen völligen Rückzug aus dem Land heraus. Wir sind von Deutschland aus nicht in der Lage, aus diesem Dilemma herauszukommen. Das müssen die Afghanen selbst leisten. Diesen Beitrag müssen wir auch mit aller Dringlichkeit und Nachhaltigkeit von ihnen einfordern.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Neben den angedeuteten und vielen anderen Gründen gäbe es aus entwicklungspolitischer Sicht bei aller Anerkennung der Notwendigkeit, regionale Inseln der Stabilität außerhalb Kabuls zu schaffen, sicherlich viele Gründe, zu dieser konkreten Entscheidung für einen Einsatz in der Region Kunduz Nein zu sagen. Aber natürlich kann man auch eine solche entwicklungspolitische Entscheidung nicht von außen- und sicherheitspolitischen Erwägungen abkoppeln. Für uns ist klar: Wir können und dürfen nicht aus der internationalen Allianz im **Kampf gegen den Terrorismus** ausscheren. Deswegen ist es natürlich wichtig und nicht zu vernachlässigen, dass es für diesen Einsatz ein UN-Mandat und eine NATO-Entscheidung gibt, in die wir als Bundesrepublik Deutschland zusammen mit vielen unserer Partner eingebunden sind. Der Außenminister und der Bundesverteidigungsminister haben zu Recht auf diese wichtige internationale Einbindung hingewiesen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

wir müssen uns schließlich auch vor Augen halten, worüber heute tatsächlich abgestimmt wird und worüber nicht. Anders als bei einer früheren Entscheidung über einen internationalen Bundeswehreinsatz wird uns heute keine Abstimmung darüber abverlangt, ob wir Vertrauen zum Bundeskanzler haben oder nicht. Diese Frage würden wir, so wie die übergroße Mehrheit der Menschen in unserem Lande, selbstverständlich und aus tiefstem Herzen verneinen. Diese Frage stellt sich heute aber nicht.

Ob es uns gefällt oder nicht, wir haben heute mit der Entscheidung für oder gegen einen Einsatz in Kunduz auch über die Fortsetzung unseres Engagements im Rahmen des bisherigen ISAF-Mandates zu entscheiden. Sich dieser Fortsetzung und damit unserer militärischen Präsenz in Afghanistan überhaupt zu verweigern wäre im Interesse der Menschen in Afghanistan wie auch in unserem eigenen wohlverstandenen nationalen Interesse nicht zu rechtfertigen. Deswegen stimmen wir, wenn auch mit Bedenken, dem Antrag der Bundesregierung zu. Unseren Soldatinnen und Soldaten wie auch allen Entwicklungshelferinnen und -helfern wünschen wir viel Erfolg bei ihrer Arbeit in Afghanistan und allen eine gute Rückkehr.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Präsident Wolfgang Thierse:

Ich erteile das Wort Kollegin Dr. Gesine Löttsch.

Dr. Gesine Löttsch (fraktionslos):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Gäste! Bereits zu Beginn dieser Woche ist in der Presse vermeldet worden, dass die PDS-Abgeordneten gegen die Erweiterung des Afghanistan-Mandates für die Bundeswehr stimmen werden. Man hatte uns zuvor zwar nicht dazu befragt, aber ich halte es für ein gutes Zeichen, dass die Ablehnung durch die **PDS** als selbstverständlich gilt. Damit aber nicht der Eindruck entsteht, wir würden nur aus Prinzip und ohne weitere Argumente ablehnen, will ich Ihnen unsere Ablehnungsgründe gerne erläutern.

Übrigens: Wenn man sich nur einigermaßen auf Umfragen verlassen kann, vertreten heute all diejenigen Abgeordneten, die mit Nein stimmen werden, die große Mehrheit der Bevölkerung in der Bundesrepublik. Laut einer **Emnid-Umfrage** sprechen sich 69 Prozent der Menschen in unserem Land gegen die Ausweitung des Bundeswehreinsatzes aus. Die heute im Deutschen Bundestag zu erwartende Mehrheit repräsentiert also nicht einmal ein Drittel der Bevölkerung. Aber vielleicht beruft sich diese Mehrheit der Abgeordneten des Bundestages auf höhere Einsichten, die der Bevölkerung nicht zugänglich sind. Nicht umsonst tagen die Ausschüsse zu diesen Themen meistens in vertraulichen Sitzungen.

Aber auch die Experten warnen. **Humanitäre Hilfsorganisationen** warnen vor der Vermischung von zivilem und militärischem Einsatz. Die Formulierung im Antrag der Bundesregierung von der – ich zitiere – „zivil-militärischen Zusammenarbeit“ ist aus meiner Sicht ein Widerspruch in sich. Die Geschäftsführerin von „Ärzte ohne Grenzen“ in Deutschland, Ulrike von Pilar, erklärte:

Wir wollen weiterhin als Mediziner von der Bevölkerung angesehen werden und nicht als Teil einer politischen Agenda.

Das Deutsche Rote Kreuz befürchtet – das ist hier von meinem Vorredner schon angesprochen worden –, dass anderenfalls die Glaubwürdigkeit einer neutralen Organisation dahin sei.

Kritik kommt aber nicht nur von Zivilisten, sondern auch von Militärs. Sie befürchten, deutsche Soldaten könnten zwischen die Fronten von verschiedenen Kriegsherren und Drogenbaronen geraten. Nebenbei bemerkt: Kriegsherren sind häufig auch Drogenbarone. Nun hat die Bundesregierung erklärt, dass die Aufgabe deutscher Soldaten nicht in der Drogenbekämpfung besteht. Was heißt das aber praktisch? Nehmen wir den Fall an, eine Bundeswehrstreife greift Drogenhändler auf. Was macht sie in diesem Fall? Der Abgeordnete Willy Wimmer aus der CDU/CSU-Fraktion weist in einem Brief an den Bundesminister der Verteidigung da-rauf hin, dass Kunduz die Hochburg des Drogenanbaus und Drogenhandels ist. Ich zitiere den Schluss seines Briefes an Herrn Struck:

Kunduz ist der hellste Stern am afghanischen Drogenhimmel. Und ausgerechnet dort sollen unsere Soldaten die Kastanien aus den Feuern der Machthaber holen, sich dabei die Hände schmutzig machen und zwischen alle Fronten geraten?

Meine Damen und Herren, mit welcher Begründung sind deutsche Soldaten überhaupt nach Afghanistan geschickt worden? Viele haben das schon vergessen und befinden sich hier in einer Abstimmungsroutine. Nach dem **11. September 2001** war von der US-Regierung Afghanistan als verantwortlich für die Anschläge auf das World Trade Center erklärt worden. Bin Laden sollte gefasst werden. Die Bundesregierung erklärte damals die uneingeschränkte Solidarität mit den USA.

Blickt man auf die vergangenen zwei Jahre zurück, so muss man feststellen, dass die Zusicherung der uneingeschränkten Solidarität ein schwerer Fehler war; denn die Bundesrepublik wurde von der Bush-Regierung in einen lang andauernden Krieg gegen den Terror eingebunden. Jetzt weiß die Regierung nicht mehr, wie sie aus diesem Feldzug wieder herauskommen soll.

(Beifall der Abg. Petra Pau [fraktionslos])

Es ist ein offenes Geheimnis: Die Erweiterung und Verlängerung des Afghanistanmandats haben nicht nur etwas mit Afghanistan zu tun – vielleicht sogar eher weniger –, sondern das ist vor allem ein Kuhhandel mit den Amerikanern.

(Claudia Roth [Augsburg] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: So ein Quatsch!)

Die Deutschen sollen Bush in Afghanistan den Rücken freihalten, damit Amerika im Irak schalten und walten kann, wie es will. Einer solchen Strategie können wir als PDS niemals zustimmen.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall der Abg. Petra Pau [fraktionslos])

Präsident Wolfgang Thierse:

Ich erteile Bundesministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul das Wort.

Heidemarie Wieczorek-Zeul, Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute vor 58 Jahren trat die Charta der Vereinten Nationen in Kraft. Seitdem wird der 24. Oktober in vielen Mitgliedstaaten als der **Tag der Vereinten Nationen** in Erinnerung gerufen. Das sollte uns allen in diesem Hause gemeinsam Anlass sein, den Vereinten Nationen zu danken und unsere Dankbarkeit für die Existenz der Vereinten Nationen sowie unsere Zustimmung zur Notwendigkeit einer multilateralen Organisation und Weltordnung zum Ausdruck zu bringen.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Christa Nickels [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Afghanistan ist – jedenfalls bisher – ein Beispiel für ein gemeinsames Vorgehen der internationalen Gemeinschaft. Es beruht auf der Basis eines breiten UN-Mandates und der afghanischen Eigenverantwortung. Ich möchte auch noch einmal an die Kolleginnen und Kollegen der FDP appellieren: Diese Anstrengungen werden nur zum Erfolg führen, wenn die internationale Gemeinschaft ihre Bemühungen fortsetzt und sie über die große Region um Kabul hinaus ausweitet.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Christa Nickels [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Mit der Resolution 1510 des UN-Sicherheitsrats vom 13. Oktober 2003 gibt es jetzt nicht nur eine völkerrechtliche Grundlage für die Ausweitung des ISAF-Mandates, sondern sogar die Erwartung der internationalen Staatengemeinschaft, dass die beteiligten Länder ihr Engagement fortsetzen und ausweiten.

Mancher redet hier wirklich wie der Blinde von der Farbe.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Christa Nickels [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich war zweimal in diesem Land und bin mit vielen seiner Menschen in dauerndem Kontakt. Ich muss sagen: In den anderthalb Jahren, seitdem der **Wiederaufbau** möglich war und seitdem die Taliban gestürzt wurden, ist sehr viel erreicht worden – das haben alle meine Gespräche im Land, seien es die mit der Regierung, mit Nichtregierungsorganisationen oder mit einfachen Menschen auf der Straße, deutlich gemacht –: Mädchen gehen wieder in die Schule,

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Krankenhäuser wurden wieder aufgebaut und es werden dort auch wieder Frauen behandelt, was vorher nicht möglich war, Rückkehrerinnen und Rückkehrer haben die Chance, ihre Arbeit wieder aufzunehmen, und die Wasser- und Stromversorgung wurde wieder instand gesetzt.

Meine Gesprächspartner haben mir aber auch ihre Besorgnisse genannt. Sie haben die Sorge, dass die Stabilität im Land nicht in allen Regionen ausreichend gesichert ist. Alle afghanischen Regierungsangehörigen und Partner haben sich für die Ausweitung des Einsatzes auf Kunduz ausgesprochen. Berücksichtigen Sie doch auch, was unsere Partner in Afghanistan sagen, und behaupten Sie nicht, Sie wüssten das alles besser als sie.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das deutsche Engagement in **Kunduz** soll einen Beitrag zur Schaffung eines Klimas der Sicherheit leisten und zum Wiederaufbau einer Region beitragen, in der mehr als 3 Millionen Menschen leben. Wir haben unseren Beitrag sehr sorgfältig vorbereitet. An die Adresse des Kollegen Brauksiepe gerichtet sage ich: Dabei haben wir den Bedenken Rechnung getragen, die internationale Organisationen gegen das amerikanische Konzept des Provincial Reconstruction Teams zu Recht hatten;

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

denn zum einen wurde dort der militärische und der entwicklungspolitische Teil vermischt und zum anderen das PRT-Konzept in die Struktur der Operation Enduring Freedom eingebunden. Wir haben dazu beigetragen, dass dieses Konzept nicht verfolgt wird, sondern dass die Ausweitung des ISAF-Einsatzes in das Konzept des Wiederaufbaus, wie es auf der Petersberger Konferenz beschlossen wurde, eingebunden wird und damit in einen politischen Kontext und nicht in einen Kontext mit Terrorismusbekämpfung unter Enduring Freedom.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Um Missverständnisse auszuräumen: Unser **entwicklungspolitisches Engagement** ist ein klar definierter, eigenständiger Beitrag. Es ist kein Beitrag im Rahmen des militärischen ISAF-Engagements. Es wird auch zu keiner Vermischung dieser beiden Komponenten kommen. Ziel ist die Schaffung eines Klimas der Sicherheit, von dem alle profitieren, die sich für den Wiederaufbau einsetzen. Militärische und entwicklungspolitische Maßnahmen sind zwei eigenständige Säulen eines Konzepts und sie bleiben getrennt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Wie in Kabul werden auch in Kunduz die Vertreterinnen und Vertreter der staatlichen Durchführungsorganisationen gemeinsam in einem Haus arbeiten, und zwar in dem Gebäude, in dem bereits jetzt eine Organisation zurückgekehrten afghanischen Flüchtlingen mit unserer Unterstützung Hilfe leistet, die AGEF.

Das von uns erarbeitete Konzept der Eigenständigkeit der Komponenten entspricht im Übrigen genau dem, was 80 internationale Nichtregierungsorganisationen im Juni 2003 in einem offenen Brief an die internationale Gemeinschaft gefordert haben, nämlich das ISAF-Mandat über Kabul hinaus auszuweiten und so Sicherheit für die Arbeit staatlicher und nicht staatlicher Organisationen zu gewährleisten.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Auch in diesem Zusammenhang sage ich an die Adresse des Kollegen Brauksiepe gerichtet: Mein Ministerium und ich selbst haben am 9. Oktober – das ist also noch nicht sehr lange her – mit Vertreterinnen und Vertretern des Verbands der deutschen Nichtregierungsorganisationen, **VENRO**, zu der Frage des Einsatzes in Kunduz ein Gespräch geführt. Darin wurde durch die Vertreterinnen und Vertreter der Nichtregierungsorganisationen bestätigt, dass das neue Konzept der Bundesregierung im Hinblick auf die Provinzen Afghanistans und auf Kunduz ihren ursprünglichen Bedenken Rechnung trägt. Natürlich wird nicht jede einzelne Nichtregierungsorganisation alle unsere Positionen teilen. In diesem Gespräch ist jedoch deutlich geworden, dass diese Position unterstützt wird. Das sollten Sie zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Im Übrigen: Wir nehmen für dieses Konzept keine Nichtregierungsorganisation in Anspruch. In diesem Gespräch aber haben viele Vertreterinnen und Vertreter von Nichtregierungsorganisationen gesagt, dass sie zur Zusammenarbeit bereit seien. Ich respektiere es, wenn Nichtregierungsorganisationen eigenständig sind. Was ich aber nicht akzeptieren kann, ist Heuchelei.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

In Kabul leistet die ISAF einen Beitrag zum Klima der Sicherheit für all diejenigen, die sich für den Wiederaufbau engagieren. Was in Kabul richtig ist, kann doch für die Region Kunduz nicht falsch sein. Das sollte in dieser Diskussion sehr deutlich gesagt werden.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Nach sorgfältiger Prüfung haben wir gemeinsam mit unseren afghanischen Partnern entschieden, uns in Kunduz auf drei **entwicklungspolitische Schwerpunkte** zu konzentrieren: erstens auf die Wiederherstellung der wirtschaftlichen und auch der sozialen Infrastruktur – Straßenbau, Wasserversorgung, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung –, zweitens auf die Schaffung von Arbeitsplätzen, die Förderung privater Investitionen, damit die Menschen langfristig eine Perspektive haben, und drittens auf den Aufbau demokratischer Institutionen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte Bezug nehmen auf die Diskussion zur **Bekämpfung des Drogenanbaus**. Auch hier wende ich mich wieder an die Kolleginnen und Kollegen der FDP. Der Drogenanbau existiert bereits jetzt in Afghanistan – unter Ihren Augen. Ich sage ausdrücklich: Wenn die internationale Gemeinschaft einen Beitrag dazu leistet, dass es in Afghanistan wirtschaftlich, sozial, politisch und demokratisch wieder Perspektiven gibt, dann wird es dort eine gesunde wirtschaftliche Entwicklung geben. Damit wird den Drogenbaronen der Boden entzogen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wer nun einen Rückzug aus Afghanistan befürwortet, muss sich fragen lassen, wie diese Botschaft von den

Drogenbaronen aufgenommen wird. Ich meine, alle sollten ihre Verantwortung wahrnehmen und für dieses Mandat stimmen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wenn die internationale Gemeinschaft ihr Engagement zusammen mit den afghanischen Partnern – auch in der Regierung gibt es sehr unterschiedliche Ansprechpartner –, die für den demokratischen und wirtschaftlichen Wiederaufbau Afghanistans stehen, entschlossen fortsetzt, wird dem Drogenanbau auf Dauer die Grundlage entzogen. Afghanistan würde damit die Chance für eine gesunde wirtschaftliche Zukunft gegeben.

Federführend beim Kampf gegen den Drogenanbau sind die **afghanischen Sicherheitskräfte**. Ich appelliere an die amerikanische Regierung, die die Lead Nation in Afghanistan ist, ihr Engagement beim Aufbau der neuen afghanischen Armee auszuweiten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Dafür ist das afghanische Innenministerium in Zusammenarbeit insbesondere mit Großbritannien im internationalen Verbund zuständig. Ich stehe in engem Kontakt mit meinem britischen Kollegen Hilary Benn, der in diesem Bereich besondere Verantwortung trägt. Sie können daher sicher sein, dass wir beim zivilen Wiederaufbau wichtige Beiträge leisten, um die Drogenbekämpfung zu unterstützen. Dieses Ziel wird vor allem durch den Aufbau und die Ausbildung der Polizei, die Förderung des Anbaus alternativer Produkte und die Eröffnung neuer nicht landwirtschaftlicher Einkommen im Rahmen der Privatwirtschaft verfolgt.

Zum Schluss: So oder so – Afghanistan wird auf jeden Fall Modellcharakter haben. Deshalb müssen wir alles dafür tun, dass unser Engagement zusammen mit unseren Partnern ein Erfolg wird. Es geht heute um den Einsatz der Soldaten. Wir alle hoffen, dass sie ihre Arbeit gesund und wohlbehalten leisten können. Ich möchte den Soldaten für ihr Engagement danken.

Ich will an dieser Stelle aber auch sagen: Die Entwicklungshelfer und Entwicklungshelferinnen, die mit unserer Zustimmung in Afghanistan und insbesondere auch in Kunduz tätig sein werden, haben es verdient, dass wir ihnen für ihr Engagement, das sie häufig unter Einsatz von Leben und Gesundheit leisten, danken. Ich denke, ich kann im Namen des ganzen Hauses erklären, dass wir ihnen für ihre Arbeit viel Erfolg wünschen. Wir hoffen, dass sie ihre Arbeit wohlbehalten und gesund tun können. Unsere Unterstützung dafür haben sie.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der CDU/CSU)

Ich danke Ihnen sehr.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Wolfgang Thierse:

Ich erteile das Wort dem Kollegen Bernd Schmidbauer, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Bernd Schmidbauer (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn man sich ein Ziel gesetzt hat, dann muss man auch bereit sein, die für einen Erfolg nötigen Mittel konsequent einzusetzen. Das gilt auch für den Einsatz in Afghanistan.

Unser **Ziel** und das der Vereinten Nationen ist klar formuliert.

Erstens. Wir wollen in Afghanistan, einem Land, das von Krieg, Unruhen und Terror geprägt ist, daran mitwirken, gemeinsam mit der afghanischen Bevölkerung eine stabile politische und gesellschaftliche Ordnung herzustellen und damit dem afghanischen Volk neue Chancen für eine bessere Zukunft zu eröffnen.

Zweitens – das scheint mir auch in der Auseinandersetzung der unterschiedlichen Auffassungen einer der wichtigsten Punkte zu sein –: Wir wollen in Afghanistan in einer Allianz gegen den Terror den Kampf gegen den internationalen Terrorismus fortsetzen und wir wollen auf diese Weise klar zum Ausdruck bringen, dass es uns sehr ernst mit dem Kampf gegen den internationalen Terrorismus ist. Wir wollen demonstrieren, dass Deutschland zur Solidarität und internationalen Kooperation bereit ist. Wenn wir diese Ziele erreichen wollen, dann müssen wir auch dazu bereit sein, die dafür notwendigen Mittel einzusetzen. Im vorliegenden Fall heißt das: Zustimmung zur Verlängerung und Erweiterung des Einsatzes deutscher Soldaten in Afghanistan.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Gestatten Sie mir einen kurzen Rückblick. Sie alle erinnern sich gewiss daran, dass in den 90er-Jahren die so genannte **Afghanistan-Connection** der Ursprung vieler, vermutlich der

meisten internationalen Anschläge war. Der weltweite Terror hatte in Afghanistan seinen Ausgangspunkt. Ein weltweites Terrornetz wurde aus Afghanistan heraus aufgebaut. Der Höhepunkt dieses Terrors, dieses menschenverachtenden Wahnsinns, war der Anschlag vom 11. September vor zwei Jahren. Noch immer haben wir die grausamen Bilder von damals vor Augen.

In diesem Zusammenhang muss gefragt werden, wo sich die Terroristen aufgehalten haben, wo sie ausgebildet wurden und woher die unermesslichen Finanzmittel kamen. In der Sicherheitskonferenz von Scharm el-Scheich hieß es: Terrorismus hat einen Namen, eine Adresse und ein Konto. Das waren die Ausgangspunkte für die Auseinandersetzungen in Afghanistan. Wir alle wissen, wer die wirklichen Täter, wer die Hintermänner und wer die Auftraggeber dieses Terrorismus waren bzw. sind.

Natürlich hat die Weltgemeinschaft einige Fortschritte im **Kampf gegen den Terrorismus** erzielt. In Afghanistan konnte man al-Qaida-Mitgliedern und Talibanführern habhaft werden. Man konnte sie festnehmen. Aber machen wir uns nichts vor: Weltweiter Terror ist noch immer vorhanden, ebenso die Logistik des Terrornetzes und anderes. Es ist deutlich zu beobachten, dass sich die Sicherheitslage generell auch in Afghanistan nicht verbessert hat. Ich will das sehr vorsichtig ausdrücken. Sie wissen, dass es im Grenzgebiet zwischen Afghanistan und Pakistan zu heftigen Kämpfen zwischen den Taliban, die sich dort wieder gesammelt haben, und den Regierungstruppen und den sie unterstützenden Amerikanern gekommen ist.

Die **Sicherheitslage** ist also durchaus als kritisch anzusehen. Es hat sich auch in Kabul gezeigt, dass es keine Insel des Friedens gibt, sondern dass alles instabil geworden ist. Ich erinnere mich an den 7. Juni dieses Jahres, an dem sieben deutsche Soldaten ums Leben gekommen sind. Dieser Anschlag hat deutlich gemacht, dass es keinen gefahrlosen Einsatz gibt. Trotz aller Bemühungen von Erkundungsteams gibt es keine Insel der Glückseligkeit, sondern wir müssen damit rechnen, dass es Anschläge und Auseinandersetzungen auch bei vermeintlich harmlosen Einsätzen gibt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Eines will ich auch meinem Freund Werner Hoyer sagen: Natürlich verschließen sich die, die diesen Einsatz unterstützen, nicht dem in Afghanistan herrschenden Problem des riesigen **Drogenmarkts, des Drogenhandels und Drogenanbaus**. Es ist auch richtig, dass afghanische Regionalfürsten und Repräsentanten darin sehr stark involviert sind. Ich will Zahlen nennen: Schätzungen gehen davon aus, dass die Ausweitung der Opiumproduktion enorm zugenommen hat und dass sich der Anbau von Opium im Vergleich zu 1998 um bis zu 40 Prozent erhöht hat. Wir sprechen von bis zu 4 000 Tonnen Rohopium jährlich.

Man kann die Augen vor dieser Problematik nicht verschließen, die nicht nur in Kunduz, sondern in allen Anbaugebieten Afghanistans herrscht. Nach Erhebungen der UN und anderer Organisationen, auch der EU, werden 70 Prozent der weltweit konsumierten Drogen in Afghanistan angebaut. Hinzu kommt – das wurde schon erwähnt –, dass Millionen von Süchtigen in dieser Region und den Nachbarländern zu beobachten sind, die die Problematik verstärken.

Allerdings – das hat die Interimsregierung bewiesen – besteht derzeit keine Chance für die **Drogenbekämpfung**. Wer meint, dass diese jetzt im Vordergrund stehen kann, irrt. Sie wissen, Werner Hoyer – Sie haben das auch schon selbst festgestellt –, dass alle Bemühungen in der Drogenbekämpfung in den letzten Jahren zu keinen Ergebnissen geführt haben. Man kann diese Art und Weise der Drogenbekämpfung zwar verbal preisen, aber wir alle wissen, was wir davon zu halten haben.

Die Weltgemeinschaft muss sich zwar um dieses Problem kümmern, das kann aber nicht mit dem heute zu fassenden Beschluss geschehen. Dieser Beschluss bildet vielmehr die Voraussetzung dafür, dass wir uns um die Problematik im Ganzen kümmern können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU sowie des Abg. Ulrich Heinrich [FDP])

Ich halte deshalb die Erklärung der Bundesregierung, deren Präzisierung wir gefordert haben, für richtig. Soldaten sind – das ist keine neue Erkenntnis – keine Drogenfahnder. Sie können nicht für entsprechende Aufgaben eingesetzt werden. Soldaten sind aber auch keine Hampelmänner, die absichtlich wegsehen, um keine Schwierigkeiten zu bekommen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Sie müssen sich mit dieser Problematik auseinandersetzen und dafür sorgen, dass afghanische Kräfte für die Ausbildung und den Einsatz in der Bekämpfung dieser riesigen Problematik in den Provinzen gewonnen werden können.

Präsident Wolfgang Thierse:

Kollege Schmidbauer, Sie müssen bitte zum Ende kommen.

Bernd Schmidbauer (CDU/CSU):

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin der Meinung, dass wir mit unserem Beschluss zu einem guten Start beitragen, dass wir dazu die bereits genannten flankierenden Maßnahmen auf den Weg bringen müssen und dass wir in bestimmten Fällen Aufbauhilfe leisten müssen. Mit dem Pilotprojekt in Kunduz wird ein guter Start ermöglicht, der es verdient, von einer breiten Mehrheit im Parlament unterstützt zu werden.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Wolfgang Thierse:

Ich schließe die Aussprache.